

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR.92

9.8.1975

INLAND

schweinfurt	wasserspiegel beim kkw grafenrheinfeld gesunken	-1-
giessen	unipräsident bricht "anhörung" ab	-1-
duisburg	frauen gegen sex - shop	-1-
frankfurt	deutsch - chilenische zusammenarbeit	-1-

+++ STAMMHEIM UND DIE RECHTSSTAATLICHKEIT +++

stammheim	notizen vom prozess	-2-
dokument	gegenvorstellung von schily gegen die bestellung von professor erhardt als gutachter	-7-
stammheim	zur frage der befangenheit des richters	-8-
erklärung	staatsschutzjustiz , psychologische kriegsführung und imperialistische öffentlichkeit	-9-

+++ ZUR LAGE IN PORTUGAL +++

lissabon	das urteil des volkstribunals	-13-
lissabon	konjunkturbericht aus portugal	-14-
lissabon	metropole und provinz : bruch im prozess	-15-
lissabon	kooperative gegen die krise	-16-
lissabon	die reaktion: cds und unita	-17-
lissabon	die brd, ihre medien und portugal	-17-
lissabon	otelos worte an konterrevolutionäre	-17-

AUSLAND

belfast	mord an einer südirischen musikergruppe	-17-
london	wie alternative projekte zu geld kommen	-17-
raleigh	das verfahren gegen joanne little	-18-
new york	ford, der märchenerzähler: cia und portugal	-18-

aus: HOB0, Berliner Wochenmagazin



Foto: Holtfreter

herausgeber :
frankfurter informations-
dienst e.v.
6 frankfurt 90
hamburger allee 45
tel. 0611/ 704 352

postadresse :
6 frankfurt 90
postfach 900343

postscheckkonto:
frankfurter informations-
dienst e.v.
6 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602

verantwortlicher red.
f.kern

bürozeiten:
mo - do : 11 - 16 uhr

kontaktzentren:

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel.: 040/ 44 56 13

463 bochum-querenburg
pol.buchladen
im westenfeld
tel.: 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.: 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.: 01 39 12 67

druck : eigendruck

INLAND

SCHWEINFURT (ID)

5. august

WASSERSPIEGEL BEIM
KKW GRAFENRHEINFELD STARK GESUNKEN

Messungen der Bürgeraktion Umwelt- und Lebensschutz Schweinfurt (zitiert nach dem "Schweinfurter Tagblatt") haben ein starkes absinken des Grundwasserspiegels in den Landschaftsschutzgebieten, die die Baustelle des KKW Grafenrheinfeld von 3 Seiten umgeben, nachgewiesen. Während ansonsten in Trockenzeiten ein absinken um höchstens 10 Zentimeter auftritt, wurden im diesjährigen Sommer bereits Werte bis zu 74 cm gemessen. Dies hat ohne Zweifel seine Ursache im ständigen abpumpen von Grundwasser aus der Baugrube des KKW, die zwar durch eine Dichtwand von der Umgebung getrennt ist, in deren Grund aber, gleich einem Topf ohne Boden, immer wieder Wasser nachläuft. Nun ist aber dieses Wasser nicht irgendwelches, sondern für den Bestand der umliegenden Landschaftsschutzgebiete lebensnotwendig, die bei zunehmender Austrocknung ihren Charakter (Auwälder) verlieren und deren ökologisches System dadurch zerstört wird.

Die Bürgeraktion hat deshalb eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und die Verantwortlichen (Bayr. Staat, Regierung von Unterfranken, Kreistag Schweinfurt) auf die Widersprüche ihrer Genehmigungspraxis mit der Realität hingewiesen. Sie hat u. a. erneut einen Baustop für das KKW gefordert. Zur Genehmigung hatten diese erwähnten Behörden vor allem folgende Aussagen gemacht:

Landesamt für Wasserversorgung und Gewässerschutz (21. 12. 73): "Die Auswirkungen auf das Grundwasser können innerhalb der Grenzen des Kraftwerksgeländes gehalten werden."

Bayr. Umweltministerium (22. 5. 73):

"Der Grundwasserstrom zu den Baugruben kann über eine Dichtwand außerhalb der Baugrube und nach deren Aushub über eine offene Wasserhaltung bewältigt werden."

Auflage der Regierung von Unterfranken (22. 1. 74) beim Raumordnungsverfahren: "Die Auswirkungen des Bauwerks auf das Grundwasser sind durch entsprechende technische und betriebliche Vorkehrungen in zumutbaren Grenzen zu halten, sodass keine Dauerbeeinträchtigungen für die das Kraftwerksgelände umgebenden Landschaftsschutzgebiete eintreten...."

Wenn diese Gutachten und Auflagen schon für die Natur so wenig taugen, so kann man das entweder bedauern, oder sich darüber ärgern. Was passiert aber, wenn die Sicherheitsvorkehrungen für den Menschen mit demselben Leichtsinne getroffen wurden?

Ansonsten scheint der Kampf gegen das KKW durch die gegenwärtige Hitze- und Ferienwelle (in Bayern) gelähmt zu sein. Jedenfalls wurden alle weiteren Aktionen der verschiedenen Gegnergruppen in den Herbst verlegt. Lediglich die neugegründete Ortsinitiative in Schweinfurt trifft sich noch mit einiger Regelmäßigkeit.

GIESSEN (ID)

5. august

UNIPRÄSIDENT BRICHT "ANHÖRUNG" AB

Universitätspräsident Meimberg hat die für Dienstag der ersten Augustwoche anberaumte, als "Anhörung" bezeichnete Überprüfung der politischen Gesinnung des Geographiestudenten M.P. abgebrochen. Der Universitätspräsident wird die ihm vom Kultusminister zugesandten Akten des Verfassungsschutzes an den Kultusminister mit der Bitte um Stellungnahme zurückgeben, ob nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts die Verwertung der vom Verfassungsschutz gesammelten Informationen über die politischen Aktivitäten des betroffenen Studenten noch verfassungsmäßig sei.

Der sogenannten Überprüfung der Verfassungstreue des Geographiestudenten M.P. war der Antrag des Fachbereichs Geographie/Geowissenschaften vorangegangen, ihn als wissenschaftliche Hilfskraft weiter zu beschäftigen. Dem Aufruf des Asta waren trotz der Vorlesungs-freien Zeit und der sommerlichen Hitze über 30 Studenten ins Universitäts-hauptgebäude gefolgt, um gegen die neuerliche politische Überprüfung eines Kommilitonen zu protestieren. Der Asta-Vorsitzende stellte in einer Erklärung vor dem Verhör fest, daß die politische Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst ein Mißbrauch der Staatsgewalt zur Unterdrückung des jeweiligen politischen Gegners kennzeichne und ein gefährlicher Schritt auf dem Wege zum totalitären Verwaltungsstaat sei.

Rechtsanwalt Dr. Pfannenschwarz aus Frankfurt, als Rechtsbeistand des Geographiestudenten erschienen, wies den Universitäts-

itätspräsidenten gleich zu Beginn daraufhin, daß die "Anhörung" seines Mandanten verfassungswidrig sei, da der Überprüfung der sogenannten Verfassungstreue eine gezielte Sammlung von Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz über dessen politische Gesinnung und Tätigkeit zu Grunde gelegt werden sollte. Dies habe das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung im Fall des Rechtsreferendars Sämisch vom 25. 7. 75 eindeutig als Verfassungswidrig festgestellt. Die Karlsruher Verfassungsrichter hatten u. a. ausgeführt, daß die Einstellungsbehörde der Beurteilung eines Bewerbers nicht Informationen zugrunde legen dürfe, die sie sich von Staats-schutzbehörden systematisch nach entsprechenden Erhebungen zutragen lasse. Eine solche Einstellungspraxis würde nur die politische Atmosphäre vergiften und nicht nur die Betroffenen in ihrem Vertrauen in die Demokratie irritieren.

Die Studentenschaft sieht in dem Abbruch des Verhörs und der Anfrage des Universitätspräsidenten beim Kultusminister einen Teilerfolg der seit Monaten anhaltenden Proteste. Der Universitätspräsident habe allerdings, betont der Asta-Vorsitzende Funk, seit der ersten Anordnung des Kultusministers zur Durchführung der als Anhörung verkleideten politischen Überprüfung die Pflicht gehabt, zumindest einen solchen Schritt zu tun; der Protest auch aus den Reihen der Professoren sei unüberhörbar gewesen. § 71, Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes schreibt vor: "Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen hat der Beamte unverzüglich auf dem Dienstweg geltend zu machen."

Der Universitätspräsident wird erneut aufgefordert, sich nicht mehr als Büttel des Kultusministers zur Aufrechterhaltung der durch und durch Verfassungswidrigen Gedinnungsforschung gebrauchten zu lassen. An der Universität müssen endlich wieder Verfassungsmäßige Zustände hergestellt werden.

DUISBURG

4. august

FRAUEN GEGEN SEX-SHOP

Am Samstag, dem 12. Juli sind 15 Frauen der Frauengruppe Duisburg in einen Sex-Shop in der Innenstadt gegangen, um dem Besitzer ihre Meinung über die diskriminierende Darstellung der Frau in seinem Laden zu sagen.

Dies wurde von der Presse weitergesponnen, wo zu lesen war, daß die Frauen den Laden verwüstet hätten. Die Gegendarstellung der Frauen wurde am nächsten Tag dann auch wörtlich von der "Westfälischen Allgemeinen Zeitung" und der "Rheinischen Presse" abgedruckt.

FRANKFURT (ID) DEUTSCH-CHILENISCHE ZUSAMMENARBEIT

4. august

Die Zentrale der "Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH" in Eschborn bei Frankfurt ist die Hauptkoordinationsstelle der Bundesrepublikanischen Entwicklungshilfe.

Zur Zeit laufen dort Verhandlungen unter dem Titel "Universitätspartnerschaft Aachen-Valparaíso". Beides sind technische Hochschulen (TH). Die Westdeutsche und die chilenische TH führen ein "Projekt technischer Zusammenarbeit" durch, daß in der Fakultät Maschinenbau angesiedelt ist. In einem Projektbericht vom 15. Juli dieses Jahres - solche Berichte müssen vierteljährlich vom "Empfänger" abgefaßt werden, um die Verlängerung des Projektes durch Geld, Personal und Material zu erreichen - in diesem Projektbericht schreibt einer der Aachener Wissenschaftler, Diplom-Ingenieur Dr. Karl-Heinz Kambartel, u. a.:

"Situation im Partnerland - allgemeine Entwicklungstendenzen: Lage im Lande wirtschaftlich angespannt, trotzdem stabil (gespart von der Redaktion): laut Gallup-Umfrage stehen ca. 70 % der Befragten hinter der Regierung. Die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen wird allgemein eingesehen..." "Allgemeiner Einstellungsstopp bei den staatlichen Betrieben und den Universitäten. Mittel für Materialkäufe stark reduziert. Durch die niedrige staatliche Lohnskala Abwanderung von qualifiziertem Personal..." "Spanien unterstützt die Technikerschule der TH Valparaíso mit Sach- und Dozentenleistungen (1. Phase über 250.000 US-Dollar wurde am 22. April beschlossen). Anlaßlich der Reise des Rektors der TH nach Spanien wurde die 2. Phase beschlossen... darüberhinaus Übergab der spanische Botschafter in Chile am 4. April Geräte und Bücher im Werte von 40.000 US-Dollar an die oben genannte Stelle."

"Am 18. April berichtete der 'Mercurio' (Faz von Chile) über die technisch-wissenschaftlichen Vorträge an der Fakultät Maschinenbau. Dr. Kambartel, als Organisator desselben, richtete sie so aus, daß der Kontakt und Ideen-Austausch zwischen der Universität und der Industrie vertieft werden..."

Am gleichen Tag, an dem der Projektbericht in Valparaíso abgefaßt wurde, fand in der TH Aachen ein "Besprechungstermin" statt (15. Juli). Daran nahmen Professoren des Fachbereichs Maschinenwesen, Rektor und Dekan, Vertreter der GTZ sowie sechs chilenische Stipendiaten teil. Grundtenor: "Übereinstimmung, daß eine Weiterführung des Projekts aus sachlichen Gründen unbedingt anzustreben ist", und zwar "durch ein Projektab-

kommen im rahmen der technischen hilfe", außerdem "eine stärkere integration der deutschen experten in die partneruniversität ... durch verleihung des aktiven und passiven wahlrechts für die spitzen der akademischen selbstverwaltung.."

"von seiten der chilenischen stipendiaten wurde bedauert, daß innerhalb des senates der thachen die verlängerung des partnerschaftsabkommens von einer kleinen gruppe von studenten verhindert wird, die selbst (nicht) über die chilenischen verhältnisse objektiv informiert ist.."

"die konzeption des projektes habe ... ein finanzvolumen von zehn millionen mark vorgesehen." : so professor beckers.

schlußsatz dieses protokolls: "die forschung sollte nicht aus dem förderungsbereich ausgeklammert werden. aktivitäten unter dem motto "auftragsforschung für die industrie" sind unbedingt erforderlich."

+++ STAMMHEIM UND DIE RECHTSSTAATLICHKEIT +++

STAMMHEIM (ID) NOTIZEN VOM PROZESS
6.august

fortsetzung des berichts der verhandlung vom 24.7. (siehe id nr. 91)
und bericht von der verhandlung am 29.7.75

dmann stellt einen antrag für baader: ich beantrage, den beschluß vom 18. 7. 75 aufzuheben und die fachärzte für psychiatrie neu zu bestimmen. die auf der liste des senats aufgeführten spezialisten sind sämtlich leute, deren arbeiten und tätigkeit über den rahmen der konservativen forensischen psychiatrie nicht hinausgehen. beauftragt wurden vom senat erhardt und mende. gegen unsere einwände führte der senat an, es gebe keinerlei anlaß, von der liste der gesellschaft für psychiatrie abzuweichen. es gibt demgegenüber aber doch anlaß, auf andere ärzte zurückzugreifen. der stammheimer gefängnisarzt, vom senat hier als sachverständiger gehört, hat selbst in der verhandlung gesagt, daß "solche haftbedingungen pathogen wirken können, selbstverständlich", und er hat später auf frage ergänzt, daß das nicht nur psychiatrisch oder medizinisch gesehen werden könne, sondern auch psychologische, ja tiefenpsychologische auswirkungen haben könne. daraus ergibt sich klar, daß die konservative schule der forensischen psychiatrie keinerlei kompetenz besitzt, hier ein urteil abzugeben. auch der hier ebenfalls als sachverständiger gehörte professor räuschke hat gesagt, die haftbedingungen könnten psychologische auswirkungen haben. er hat daraus die konsequenz gezogen, daß entsprechende gutachter zweckmäßig oder notwendig seien. es ist also deutlich, daß die gründe gegen die konservativen psychiater nicht von der verteidigung vorgebracht werden, sondern von den gutachter-äußerungen der vom senat selbst bestellten sachverständigen. daher ist eine revidierung der auswahl notwendig.

gerade erhardt und mende gehören zur alten kriminologischen schule. wesentliches gehört nicht zu ihrem ansatz, insbesondere der einfluß von umweltbedingungen und die soziale lage des zu untersuchenden.

sie bewegen sie sich noch unterhalb des international anerkannten krankheitsbegriffes der weltgesundheitsorganisation, die den begriff der "sozialen krankheit" ausdrücklich anerkennt. demgegenüber wird von der konservativen schule der begriff der "vegetativen dystonie" gebraucht, der ausschließlich der vernebelung dient und nichts als eine leerformel darstellt. diese tatsache haben die altmeister der forensischen psychiatrie nicht zur kenntnis genommen. sie entsprechen daher nicht den hier zu stellenden anforderungen. erforderlich ist ein isolationsforscher.

der stammheimer arzt dr. henk hat später seine aussage zu relativieren versucht und dazu ein zitat herangezogen, in dem es heißen soll, daß die folgen von isolation durch sensationsberichte häufig hochgespielt würden und daß die komplikationsrate nur 1 : 6.000 betrage. wir haben dieses zitat nachgeprüft (kempe, schönberger, groß: nervenarzt 1974, s. 561 ff.) und festgestellt, daß der erste teil des angeblichen zitats nicht existiert und der zweite teil nicht wörtlich wiedergegeben wurde. die genannte komplikationsdauer bezieht sich nämlich auf versuche mit freiwilligen und auf eine versuchsdauer von sechs bis maximal 24 stunden. eine langzeit-isolation, wie wir sie hier vor uns haben, ist dagegen nicht untersucht worden, dazu liegen überhaupt keine ergebnisse vor.

ich wiederhole den antrag, von den bisher bestimmten fachleuten abzusehen und eine neue auswahl zu treffen. wir schlagen prof. rasch und einen weiteren gutachter von der vorschlagsliste vor.

schily gibt bekannt, daß er sich dem antrag anschließt und daß er eine eigene zusatzbegründung abgeben will. er schlägt vor, zunächst die mittagspause beginnen zu lassen (anm. es ist ca. 11.50 uhr), da die begründung längere zeit in anspruch nehme. prinzing will erreichen, daß schily seinen antrag schriftlich und außerhalb der hauptverhandlung vor-

legt; schily besteht jedoch auf öffentlicher begründung, wie sie auch heldmann zugestanden worden sei. das sei sinnvoll und es müsse auch deshalb geschehen, weil die sache eilbedürftig sei. prinzing wendet sich an die bundesanwaltschaft und bittet um stellungnahme.

die bundesanwaltschaft meint: nach § 73 ist die auswahl der sachverständigen aufgabe des gerichts. die verteidigung kann später nach §§ 74, 83 ihre rechte geltend machen. die erörterung dieser fragen ist daher jetzt und in der hauptverhandlung nicht notwendig. wir schlagen daher vor, nach der pause mit dem prozessual erforderlichen teil fortzufahren.

prinzing: wir werden sehen.

plottnitz: die kontroverse, ob etwas in der hauptverhandlung oder außerhalb behandelt werden soll, ergibt sich immer wieder. es scheint mir eine gefährliche tendenz, zentrale vorgänge aus der hauptverhandlung herauszudrängen. es gibt aber das selbstverständliche recht auf öffentliche anträge.

prinzing (entschuldigend und abschließen): wir befinden uns in einem merkwürdigen stadium des prozesses. das sind alles freibeweise. damit ist die vormittagssitzung um 12.02 uhr beendet.

um 14.00 uhr beginnt die nachmittagsverhandlung.
schily begründet nochmals ausführlich die ablehnung des gerichtspsychiaters erhardt und zieht dazu hauptsächlich zitate aus dem buch "repressive kriminalpsychiatrie" von tilmann moser (edition suhrkamp 419) heran. (aus technischen gründen erscheint schilys antragsbegründung im folgenden nur in kurzfassung zur wahrung des zusammenhangs. die vollständige begründung ist am ende dieses berichtes zu lesen, die red.)

daraus geht klar hervor, daß erhardt seine ärztliche verantwortung eine stufe tiefer ansetzt, als die erreichung kriminalpolitischer ziele. daraus leitet schily die gefahr ab, daß erhardts gutachten verzerrt würde und daß er deshalb abzulehnen sei. weiter fordert schily den senat auf, die gründe zu nennen, aus denen die von der verteidigung vorgeschlagenen gutachter nicht bestellt wurden. schließlich stellt er die frage, warum der vorgeschlagene dr. schmidt-voigt für die internistische untersuchung nicht herangezogen worden ist: ob das etwa daran liege, daß er bereits einmal - bei astrid proll - verhandlungsunfähigkeit diagnostiziert habe und deshalb für alle zeiten als gutachter disqualifiziert sei?

nach schily will baader sprechen, aber prinzing will erst die bundesanwaltschaft zu wort kommen lassen. nach einer kontroverse (angeklagte und verteidiger halten es für sinnvoller, zunächst geschlossen zum thema stellung zu nehmen, statt zwischendurch die bundesanwaltschaft sprechen zu lassen) nimmt zunächst die bundesanwaltschaft stellung:

es ist eine senatsentscheidung für diese gutachter erfolgt. die gründe für die auswahl sind uns nicht bekannt. die schlüsse, die schily aus den vorgetragenen ziten gezogen hat, sind jedoch nicht zwingend. gründe gegen mende und erhardt sind nicht gegeben. zusätzlich noch eine bemerkung: das gesetz sieht vor, daß gegen sachverständige nach abgabe ihres gutachtens vorgegangen werden kann. wir haben jedoch schily reden lassen, um eine eventuelle doppelarbeit zu vermeiden. jetzt scheint es uns, daß die stellungnahme besser außerhalb der hauptversammlung abgegeben worden wäre. aber das wird hier gemacht, damit die hauptverhandlung nicht vorankommt. wir beantragen daher, jetzt keine unterbrechung zu machen und keine entscheidung zu treffen.

riedel will ulrike meinhof das wort zur sache erteilen lassen. prinzing lehnt ab, weil er zuvor baader - auf seinen wunsch hin - sprechen lassen will. baader hat aber zuvor seine wortmeldung zurückgestellt. darauf will prinzing sich aber nicht einlassen; nach dem prinzip "jetzt oder nie", wie einer der verteidiger formuliert, will er die ursprüngliche reihenfolge unbedingt eingehalten wissen. denn: "wir lassen uns nicht ständig die verhandlungsführung aus der hand nehmen!" es findet ein erregter wortwechsel statt, bei dem die verteidigung versucht klarzumachen, daß die reihenfolge der sprecher bei einverständnis beider für die verhandlung keinen unterschied mache. prinzing schließlich: "benehmen sie sich mal so, daß man nicht ständig das gefühl haben muß, daß die verteidigung obstruktion betreiben will!" darauf riedel: "benehmen sie sich mal so, daß man nicht ständig das gefühl haben muß, daß der richter obstruktion der verteidigung betreibt!"

heldmann greift ein: erstens weise ich entschieden den vorwurf der prozeßverschleppung seitens der bundesanwaltschaft zurück. dieser vorwurf ist eine täuschung der öffentlichkeit, denn wir haben zweitens am 16./17. eine ausführliche gegenvorstellung zu den gutachtern abgegeben. der senat selbst hat die sache dringlich gemacht und wir können das jetzt nicht schriftlich auf die lange bank schieben. jetzt und heute haben wir die erste gelegenheit, zu der dann erfolgten gutachterausswahl stellung zu nehmen.

baader erhält das wort: bei der ganzen auseinandersetzung ist auch das interesse daran klar geworden: die klärung der frage der verhandlungsfähigkeit aus der hauptverhandlung ins kabinett zu verlegen. die vorgelegte liste ist eine liste der bundesanwaltschaft und sie hält sich im rahmen der zwangspsychiatisierung. die gutachter sind auf keinen fall akzeptiert und ich würde sagen: gegen sie spricht immerhin, daß wir uns nicht

von ihnen untersuchen lassen werden eine untersuchung könnte dann höchstens durch augenschein aus sechs meter entfernung erfolgen.

die bundesanwaltschaft hat behauptet, sie sei nie gegen die beziehung neutraler gutachter gewesen, nur gegen sympathisanten. wenn die von uns genannten ärzte in diese kategorie fallen sollten, dann verlange ich eine begründung dieser auffassung. auf einen brief des gutachters müllers, was geschehen werden, wenn nach einer untersuchung weitere untersuchungen notwendig erschienen, hat der senat geantwortet: diese frage wird nach ihrer ärztlichen beurteilung entschieden. n un haben die beiden hier gehörten sachverständigen henk und rauschke die beziehung von deprivationsforschern für notwendig gehalten. was hat das hier für eine bedeutung? warum sind bisher daraufhin noch keine solchen fachleute benannt worden? geben sie darauf mal eine antwort hier in der hauptversammlung!

prinzing antwortet: darauf werden wir in unserer entscheidung eingehen. ich muß noch darauf hinweisen, daß die bundesanwaltschaft mit der benennung der gutachter absolut nichts zu tun hat. das hat sie ja auch schon selbst gesagt.

baader: die benennung witters für die szintigrafie von ulrike ist von bundesanwalt zeiss veranlaßt worden. das geht aus den akten hervor. nach welchen kriterien ist da vorgegangen worden?

prinzing: auch darauf werden wir in der entscheidung eingehen.

ulrike meinhof kommt zu wort: ich würde sagen, wenn sie nicht so umständliche manipulationen und überflüssige eingriffe vornehmen würden, ginge alles schneller. die ganzen lügengespinste ...

prinzing: lügengespinste? wer? sollte das eine beleidigung sein!?

meinhof: das ist keine frage der person, das ist eine frage der struktur. ich will noch zu den erhardt-zitaten, die schily gebracht hat, sagen, daß das nicht unsere position ist. sie zeigen aber trotzdem die staatshörigkeit der § 51-psychiater, die gegen uns eingesetzt werden sollen. nett von ihnen, herr zeiss, daß sie die faschisierung durch verrechtlichung deutlich machen durch die benennung von erhardt. diese figur ...

prinzing: das ist eine beleidigung eines anerkannten gutachters, das werden wir nicht hinnehmen.

es gibt eine auseinandersetzung mit riedel, der die äusserung im zusammenhang verstanden wissen will. ulrike meinhof versteht überhaupt nicht, worum es eigentlich gehen soll, bis sie es im laufe des disputs plötzlich merkt und laut vor sich hinsagt: "ach, figur ...". schließlich meint prinzing, sie solle beleidigungen unterlassen. ulrike meinhof: "ja also, ich würde sagen, stellen sie mal ne liste auf von verbotenen wörtern!" und sie fährt fort: "das spiel dieser sachverständigenfigur ...".

prinzing: ich entziehe ihnen das wort. (protest auf der verteidigerbank) ja also, herr baader hat vorhin eine beleidigung zurückgenommen. wenn sie das zurücknehmen würden, könnten sie weiterreden.

meinhof: also, der sachverständige erhardt, der keine figur ist, hat seine rolle in der counterstrategie durch psychiatrisierung. das läuft hier als versuch der bundesanwaltschaft, das größte gefangenexperiment, das je in der bundesrepublik gelaufen ist, polizeiwissenschaftlich auszuwerten.

es ist unser schicksal, um das es hier geht. die strukturen, durch die vermittelt die auswahl der gutachter erfolgt, bewirken nur eine anonymisierung ihrer befehlsempfängerposition gegenüber der bundesanwaltschaft. und im auftrag der bundesanwaltschaft sollte eine kontrolluntersuchung bei mir nach der isolation im trakt stattfinden. als ich sieverweigerte, wurde die szintigrafie unter zwang vorbereitet. dabei war das medizinischer unsinn und das wußte die bundesanwaltschaft aus meiner krankheitsgeschichte. erst auf massive proteste hin mußte der mordversuch aufgegeben werden; das bedeutete einen verzicht auf ergebnisse von sensorischer deprivation.

in südafrika werden gefangene maximal drei monate im trakt gehalten. wenn sie dann noch keine aussage machen, weiß man, daß sie eher sterben als etwas zu sagen. dann erschießt man sie. also ist entsprechend für uns nur der tod noch möglich.

zu witter noch: sein institut macht stetoskopische eingriffe bei gefangenen, das heißt, gefangene werden idiotisiert. von ihm kommt auch die forderung nach einem gesetz für die operation gefangener. im zusammenhang damit muß man sehen, daß höchste regierungsstellen inzwischen die tötung rechtfertigen (anm.: ich habe den zusammenhang nicht ganz mitbekommen - hausner? todesschußdiskussion? meins?). der staat tötet aus staatsraison.

das vernichtungsprogramm ist bisher noch nicht legalisiert. die psychiatrie soll den begründungszusammenhang herstellen. die bundesanwaltschaft weiß, daß das bisherige vorgehen unseren widerstand nicht brechen konnte. daher jetzt der psychiater. das ganze wird dann, wie auch der wasserentzug schon zuvor, als zu unserem "besten" ausgegeben. es ist daran zu erinnern, daß witter nur durch die proteste ausgeschlossen wurde - die anwälte, die das initiiert und unterstützt haben, sind jetzt verhaftet oder ausgeschlossen.

zu den haftbedingungen: der tote trakt ist annähernd identisch mit der camera silens. die fensterlosen zellen hier sind identisch,

der 7. stock hier ist es annähernd. die experimente zu dieser sensorischen deprivation werden unter extremen bedingungen deshalb durchgeführt, um den zeitfaktor zu simulieren. langzeitisolationsforschung gibt es bisher nicht. die bisherigen experimente sind außerdem ausschließlich mit freiwilligen gelaufen. aber das sind alles feinheiten und wozu braucht ein richter, für den die bundesanwaltschaft denkt, problembewußtsein? umso skrupellöser wird das vernichtungsprogramm durchgezogen.

das alles ist ein abgekartetes spiel. die frage nach dem politischen standort der gutachter wird abgewürgt. die todesursache von hausner wird von rauschke unterschlagen: hausner ist an kolbenschlägen gestorben und er ist zum sterben nach stammheim verlegt worden. dieser rauschke schlägt vor, gutachter aus bestimmten fachgebieten zu bestellen - der senat würgt das ab. das ergebnis dieses ganzen prozesses: es wird der psychiater bestellt, den die bundesanwaltschaft will.

die gebrachten zitate charakterisieren erhardt als zulieferer der justiz, der sich ihr subjektiv und objektiv unterordnet und die priorität justizieller zwecke gegenüber der humanität postuliert. die kritik an gesetzen aus seiner gesellschaft für psychiatrie geht nur in richtung auf eine verschärfung.

prinzing hat auch theuns abgelehnt und beweist damit sein staatsarztverständnis. grund für die ablehnung war nur die verantwortlichkeit von theuns für eine erklärung in holland zu unseren haftbedingungen und deren wissenschaftlich nachgewiesenen folgen. mit dieser entscheidung hat prinzing bestimmte forschungsergebnisse unter kuratel gestellt; als parallele kann man vielleicht den fall oppenheimer nehmen. das zitat von theuns, das prinzing zur begründung genommen hat, lautet ...

prinzing unterbricht: theuns ist weder in ihrer liste noch in der senatsentscheidung aufgeführt. wahren sie doch den zusammenhang. ich muß auch betonen, daß die bundesanwaltschaft an der sachverständigenauswahl nicht beteiligt war. schließlich weise ich nochmals darauf hin, daß die hier gefällten entscheidungen nicht von mir allein stammen, daß dies alles senatsentscheidungen sind.

meinhof: ich stelle den antrag, theuns zu bestellen. das zitat von theuns, das sie in der sprache von killem mit dem prädikat "à la auschwitz" belegt haben, lautet: "zusammenfassend kann gesagt werden, daß sensorische deprivation durch das versetzen einzelner in eine total künstliche, gleichbleibende umgebung wohl das zur zeit geeignetste mittel zur zerstörung spezifisch menschlicher vitalsubstanz ist. durch aushungierung im herkömmlichen sinne kann man ebenso wie durch erschießen oder vergasen sowohl menschliches als auch tierisches leben vernichten. sensorische deprivation hingegen ist eine speziell auf den menschlichen organismus zugeschnittene methode der zerstörung von lebenssubstanz - in gewissem sinne ein gegenstück zu den neuzeitlichen methoden bei der mästung von schlachtvieh." wenn sie das politisch nennen, dann ist das sicher richtig, aber in einem anderen sinn, als sie dem geben.

erhardt ist zur legitimierung unserer psychiatrisierung bestellt worden. seine nominierung ist für uns ein todesurteil. nimmt man die haftbedingungen hinzu, so bedeutet das ein doppeltes todesurteil.

es ist schwierig, das alles klarzumachen: je abstruser die begründungen zur durchsetzung der absichten der bundesanwaltschaft sind, desto schwieriger wird es, sich damit auseinanderzusetzen, sie auseinanderzunehmen.

unsere verhandlungsunfähigkeit ist jetzt nicht mehr zu verbergen. deshalb ist das risiko der bestellung ausschließlich von mechaniker-ärzten zu groß. daher muß erhardt als staatspsychiater her, der die ursachen nach innen verlegen soll und der sie abwälzen soll auf unsere identität als kämpfer gegen den imperialismus. als weitere ursache soll der hungerstreik herhalten. erhardt wird zum operator unserer endgültigen vernichtung. prinzing übernimmt die argumentation der bundesanwaltschaft.

riedel unterbricht: meine mandantin weist den senat darauf hin, daß sie keine einwände dagegen erhebt, daß ihr zwangsverteidiger könig schläft. sie fühlt sich dadurch in keiner weise in ihrer verteidigung beeinträchtigt.

meinhof weiter: im februar 1973 erklärte der damalige generalbundesanwalt martin, daß die haftbedingungen der jeweiligen psychischen und physischen lage der gefangenen angeglichen würde. hier kommt deutlich der haftzweck zum ausdruck: unser tod.

prinzing: das ist mehr als erträglich. eine solche unterstellung, das gibt es nicht. jetzt ist schluß.

riedel: es handelt sich hier doch um komplexe zusammenhänge, zu denen die haftzwecke gehören. es besteht ein direkter zusammenhang.

prinzing: der haftzweck tod: das ist zuviel.

riedel: die gefangenen sind die betroffenen und daher dazu berufen, zu diesem thema zu sprechen. die tatsachen von meins' tod sind schließlich nicht zu leugnen.

prinzing: berät sich kurz mit den anderen senatsmitgliedern und verkündet: der senat billigt den wortentzug.

heldmann: die erklärung von frau meinhof wäre eigentlich hilfreich für das gericht. die beurteilung des sachverhalts ist keineswegs aus den fingern gesogen. zutreffend wurde die erbpact der konservativen

tiven forensischen psychiatrie charakterisiert. detaillierte ausführungen darüber finden sie schon in der stellungnahme zur bestellung erhardts, so über den psychiatriebegriff des späten mittelalters und den biologischen krankheitsbegriff. nirgends aber findet sich ein ansatz, sich davon abzulösen, nirgends ein hinweis auf umwelteinflüsse. darüber hinaus und in konsequenz dessen ist erhardt ein fürsprecher extensiver abstrafungspraxis. er vertritt die beerdigung bei lebendigem leibe in strafanstalten, die keinerlei kontrolle mehr unterliegen. das ist der sachverhalt erhardt.

die bundesanwaltschaft nimmt stellung zu heldmann, baader und meinhof. zu heldmann: auch die dringlichsten fragen können sehr schnell außerhalb der hauptverhandlung entschieden werden, im übrigen haben wir weder jetzt noch vorher irgendwelche spezifizierten bedenken gegen die bestellten gutachter gehört. zu baader: baader will das gericht erpressen, seine wahre absicht ist, sich nicht von neutralen sachverständigen untersuchen zu lassen. zu meinhof: sie hat ständige beleidigungen von sich gegeben. ihre vorwürfe zum beispiel bezüglich der szintigrafie sind geradezu absurd. wir beantragen, die anträge abzulehnen und nehmen zur begründung bezug auf die ablehnung von theuns.

heldmann: ich will dazu nicht mehr viel sagen: die äusserungen stehen sich gegenüber, und jedermann mag sich seinen teil denken. nur noch zwei punkte: frau meinhof hat recht, eine szintigrafie gegen den willen des betroffenen bedeutet lebensgefahr. und was den "erpressungsversuch" baaders betrifft, so wird offensichtlich die tatsache als erpressung bezeichnet, daß baader sich nicht von justiz- sondern nur von vertrauensärzten untersuchen lassen will.

prinzing: justizärzte gibt es nicht, lassen sie bitte sachfremde erwägungen weg.

baader: der vorwurf ist lächerlich. bei grashof wurde durch eine zwangsuntersuchung angeordnet. der erfolg war, daß man ihn dann verhandlungsunfähig geschlagen hat.

wir schlagen international anerkannte ärzte vor und die bundesanwaltschaft bezeichnet das in ihrer reaktion als "erpressung" und bedroht uns mit physischer gewalt. wir gehen einen kompromiß ein und akzeptieren den vom senat vorgeschlagenen intermisten. dazu schlagen wir auch einen arzt vor, der uns qualifiziert erscheint.

ich erinnere daran, daß uns der gefängnisarzt selber vor den beiden vom senat bestellten psychiatern explizit gewarnt hat und gesagt hat: "um gottes willen ...".

wir akzeptieren von der vorschlagsliste prof. rasch unter der bedingung, daß ein von uns benannter psychiater hinzugezogen wird und eventuell noch ein deprivationsforscher. davon gibt es nur sechs in ganz europa, die auch von uns benannt worden sind. sonst wird es keine untersuchung geben, auch keine intermistische.

ich will noch dort fortfahren, wo ulrike unterbrochen wurde. sie war bei dem zitat von prinzing abgeklagt, daß die haftbedingungen der gefangenen je nach der intensität der haftzwecke abgestuft seien. das haben wir allerdings mitbekommen. schließlich hat selbst dr. henk gesagt, daß er in seiner 20jährigen praxis haftbedingungen dieser art - und er meint damit die härte - noch nicht erlebt habe. sie wollen erleben, daß die langzeitsolation zur vernichtung führt. dabei ist die vernichtung nicht gesetzlich vorgesehen; noch ist die grenze die todesstrafe. die psychiatrie aber sanktioniert die vernichtung, indem das von der verfassung geschützte subjekt abgeschafft wird. das schon vorgetragene zitat von martin und die aussage von justizminister hemfler, daß die haftbedingungen nicht angemessen seien. ihre anwendung aber an der einstellung der gefangenen liege, die nichts sagen wollten, beweisen die funktion der isolation: aussageerpressung schließlich hat auch senator klug gemeint, die haftbedingungen würden solange aufrechterhalten, bis der gefangene seine tat nicht wiederholen kann. prinzing ordnet das leben der gefangenen dem haftzweck unter. die auswahl der psychiatrier bringt die sache auf den punkt. aber der stein, den sie hochheben - die instrumentalisierung der repressiven kriminalpsychiatrie für ihre zwecke - wird jedenfalls in der internationalen öffentlichkeit auf sie zurückfallen.

nach einer kurzen kontroverse um die unterbrechung von baaders erklärung wird die verhandlung um 15.55 uhr beendet.

BEOBAHTUNGEN ZUR VERHANDLUNG AM 24. 7. 75

diskussion mit einer etwa 40jährigen frau am ein- gang während der wartezeit. die frau kommt aus stammheim und geht ab zu und zum prozeß, "weil mich das ja auch interessiert, was da so passiert". sie regt sich über das viele geld auf, das für die angeklagten ausgegeben wird; gegen das gegenargument, daß das geld nicht für, sondern gegen die angeklagten verwandt wird, weiß sie nichts mehr zu sagen. diese sache ist neu für sie. kurzes überlegen, dann: "aber bomben haben sie geworfen und das geht nicht. die müssen vor gericht. ich möchte ja auch manchmal eine einfach so reinschmeißen, aber ich tu es nicht."

eine andere frau, etwas älter noch, kommt auf das geld zurück: "ich habe ein behindertes kind. dafür tun sie nichts, aber

hier stecken sie millionen rein. wenn sie mich fragen: ich bin für kopf ab." jemand meint, daß die angeklagten selber früher im sozialbereich gearbeitet haben und gerade weil nichts zu erreichen war auf diesem gebiet, einen anderen weg gegangen sind. schulterzuckend wendet sich die frau ab.

die erste frau: "wissen sie, ein normaler prozeß ist das ja hier nicht. das ist doch mehr so ein schauprozeß." aber die "sicherheitsmaßnahmen" hält sie für notwendig: "die wollen doch hier raus. das hätten sie mal sehen sollen, wie das mit stockholm war. da standen die vier schon hier am zaun und wollten rausgelassen werden." den einwand, daß jeder aus dem knast rauswill, besonders wenn er mit großer wahrscheinlichkeit ein lebenslänglich vor sich hat, und daß man das niemandem ernsthaft verdenken kann, übergeht sie.

zum prozeß selber: "also sie müssen nicht denken, daß ich für die richter bin. ich bin gar nicht für das gericht und so. und der prinzing ist überhaupt nicht neutral, wie der sich aufführt. das gefällt mir auch nicht."

immer wieder kommt die diskussion auf die raf-politik zurück. einige umstehende jüngere leute meinen, daß man diese politik doch verstehen könne, ohne daß man sie für richtig halten müsse. die frau geht darauf durchaus ein, sie sagt: "ja, v e r s t e h e n kann ich das, aber trotzdem, das geht so nicht." sie ist auf diesem gebiet ansprechbar, ganz offensichtlich ist da etwas berührt, was sie selber auch betrifft. und so scheint sie auch weiter darüber nachdenken zu wollen, als ein junger mann zum ende der diskussion (wir werden eingelassen) meint: "ganz gleich, wie man zu den taten der raf steht: eins muß man doch verlangen können, nämlich daß die angeklagten einen fairen prozeß kriegen."

eine genossin meint später: "es ist seltsam: jahrelang wurde von vielen die öffentliche raf-diskussion vermieden und jetzt, sozusagen in der höhle des löwen, direkt angesichts des ungeheuren repressionsaufwandes, entwickelt sie sich."

das publikum ist heute wieder völlig verschieden von sonstigen tagen. den grund für die ständig wechselnde zusammensetzung habe ich bisher nicht feststellen können. heute sind erstmals relativ viele genossen da und sofort spürt man auch eine art rückhalt. es ist auch das erste mal, daß es beifall für die verteidigung gibt und murren gegen die bundesanwaltschaft. prinzing macht das sichtlich nervös und auch die aufsichtsbeamten im saal scheinen wachsamer.

BERICHT VON DER VERHANDLUNG AM 29. 7. 75

(wörtlich sind nur passagen in anführungszeichen)

prinzing gibt einige entscheidungen bekannt:

das bundesverfassungsgericht hat die beschwerde von rechtsanwalt heldmann gegen die ablehnung seines antrags auf eine zehntägige unterbrechung der hauptverhandlung abgelehnt. begründung (hier in kurzform): die beschwerde wird nicht nur entscheidung angenommen, da sie keine hinreichende aussicht auf erfolg hat. das grundrecht der berufsfreiheit ist nicht verletzt. abgesehen davon, daß es zweifelhaft ist, ob die versagung einer verfahrensrechtlichen unterbrechung überhaupt in den bereich der berufsfreiheit eingreift (weil ein anspruch nur in den grenzen des terminplans des gerichts besteht), hat das oberlandesgericht in den grenzen der verhältnismäßigkeit gehandelt. denn die gewährung einer unterbrechung birgt die gefahr der ständigen wiederholung dieses verfahrens durch die angeklagten und damit der verfahrensverschleppung. um die kontinuierliche ausreichende verteidigung der angeklagten zu gewährleisten, hat der gesetzgeber die bestellung von pflichtverteidigern vorgesehen. von dieser möglichkeit hat das oberlandesgericht gebrauch gemacht. die verteidigung ist daher nicht unverhältnismäßig eingeschränkt.

prinzing kommentiert diese entscheidung: die entscheidung hat große bedeutung für uns: 1. sie stützt die senatsauffassung, daß die bestellung von pflichtverteidigern auch gegen den willen der angeklagten zulässig ist und dadurch die gesetzliche verteidigung gewährt wird. 2. die ablehnung des antrags auf unterbrechung ist zu recht erfolgt.

die zweite entscheidung ist die zu den ärztlichen gutachten: es ist ein neuer beschluß ergangen. nach der gegenvorstellung haben wir beschlossen, als weiteren arzt prof. dr. rasch, direktor des instituts für forensische psychiatrie der freien universität berlin, zuzuziehen. ansonsten bleibt es bei dem beschluß vom 18. 7. 75.

gründe: nach der strafprozeßordnung ist die auswahl von sachverständigen allein sache des gerichts. die von der verteidigung angeführten bestimmungen der uno-mindestgrundsätze und der untersuchungshaftvollzugsordnung haben damit nichts zu tun; sie beziehen sich auf die behandlung von gefangenen und nicht auf die untersuchung und klärung möglicher auswirkungen der haft auf die verhandlungsfähigkeit.

in erster linie sollen nach der strafprozeßordnung (§ 73) öffentlich bestellte sachverständige zugezogen werden. dennoch hat der se-

nat, um gegen das mißtrauen der angeklagten gegen staatliche ärzte anzugehen, die auswahl nach den vorschlägen der medizinischen fachgesellschaften getroffen. die auswahl der internisten und hals-nasen-ohren-ärzte deckt sich weitgehend. der psychiater erhardt wurde gewählt weil er direktor des psychiatrischen und sozialpsychiatrischen instituts in marburg und außerdem promovierter psychologe ist. er ist international anerkannt. mende ist ebenfalls qualifizierter psychiater, der sich zudem seit dem bergwerksunglück in lengede wissenschaftlich mit fragen von ausgeschlossenen (verschütteten bergleuten) befaßt. auch hier ist also die auswahl nach reinen qualifikationsgesichtspunkten erfolgt. dennoch hat der senat prof. rasch zugezogen, um dem mißtrauen der angeklagten zu begegnen.

die heranziehung einer so großen zahl von herausragenden fachleuten ist ungewöhnlich. die auswahl durch die medizinischen fachgesellschaften gewährleistet die anwendung anerkannter methoden.

das alles hat nichts zu tun mit einem arzt eigener wahl. nach den bestimmungen der untersuchungshaftvollzugsordnung soll grundsätzlich der gefängnisarzt zugezogen werden; die uno-mindestgrundsätze sind kein geltendes recht. die bundesrepublik hat keine verpflichtungserklärung unterzeichnet.

frau mein hof hat erneut die zuziehung von theuns beantragt. dieser antrag wird angelehnt. gründe: der senat hat schon früher ausgeführt, daß das vorwort vor dem beirat von theuns im kursbuch 32 zweifel an seiner (theuns) unparteilichkeit begründet. theuns hat außerdem einen offenen brief an (bundeskanzler?) mitunterschrieben, in dem es hieß, der psychiater witter stünde in der tradition der ns-medizin. darüberhinaus hat theuns die unterschrittenlisten zu diesem brief verwahrt. die niederländische zeitung "volkskrant" schrieb schließlich, theuns habe erklärt, daß in der bundesrepublik politische gefangene mit faschistischen methoden zerstört würden und daß er eine parallele zum reichstagsbrandtäter van der lubbe sähe. alle diese tatsachen zeigen, daß theuns nicht mehr unbefangen ist.

zu den anträgen bezüglich der protokollführung und der mikrofonanschaltung: diese dinge werden wir in der pause außerhalb der hauptverhandlung besprechen. dem antrag, daß zuschauer papier und einfachen bleistift mit in den saal nehmen dürfen, wird stattgegeben.

heldmann erhält das wort: es ist hier nicht der platz, und es ist nicht meine kompetenz, die entscheidung des bundesverfassungsgerichtes zu kommentieren, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß ein triumph des senats nicht am platz ist, da das bundesverfassungsgericht erneut bestätigt hat, daß es von seinen eigenen früheren entscheidungen nichts mehr wissen will. es hat jetzt das recht auf freie verteidigung unter den terminplan des gerichts gesetzt und die verteidigung damit untergebuttert. ich habe hier in der hauptverhandlung die begründung meiner verfassungsbeschwerde nicht vorgelesen, sonst würden die widersprüche hier klar herauskommen.

prinzing unterbricht mehrfach. er will keinen kommentar zulassen und verweist heldmann auf fachzeitschriften, in denen er seine kritik äußern könne. heldmann versucht dennoch weiterzusprechen; er will nicht auf die entscheidung, sondern auf den anschließenden kommentar prinzings dazu eingehen. abschließend meint er: die entscheidung des verfassungsgerichtes geht nicht auf die frage der revisionsrügen ein. in der entscheidung auf baaders beschwerde findet sich darauf ein expliziter hinweis; die möglichen revisionsrügen wurden dort nicht behandelt, wenn auch mit einer geradezu unglaublichen begründung.

zum zweiten möchte ich auf die psychiater eingehen ...

prinzing unterbricht: nein, dazu gibt es keine stellungnahme mehr, die entscheidung ist ergangen.

heldmann: gut. zu den uno-grundsätzen muß gesagt werden, daß sie nicht unverbindlich sind. es handelt sich vielmehr um mindestgrundsätze der zivilisierten staaten.

die gefangenen wurden von ihnen aufgefordert, bis gesten 11.00 uhr stellung zu ihrem beschluß zu nehmen. sie haben den beschluß aber erst um 16.00 uhr erhalten. nach § 33 strafprozeßordnung ist die stellungnahme daher jetzt nachzuholen.

prinzing: nein, ich habe letzten diensttag erklärt, daß damit schluß ist. ein neuer antrag auf umschluß wurde genehmigt und es wurde auch eine stellungnahme genehmigt. es wurde aber kein recht darauf eingeräumt.

heldmann: sie haben eine erklärungsfrist eingeräumt und sagen jetzt: darauf kommt es nicht an. ich rüge die fünfstündige verspätung der zustellung und die verweigerung des rechtlichen gehörs.

prinzing: wir werden das nachprüfen. sie können die gegenvorstellung außerhalb der hauptverhandlung abgeben.

heldmann: das zieht die sache weiter hinaus. - ich möchte noch feststellen, daß der senat kein wort zu unseren äußerungen gegen die bestellung des psychiaters erhardt gesagt hat.

prinzing: wir kommen jetzt zur vernehmung baaders zur person.

- plottnitz meldet sich zu wort. -

baader: (zu prinzing): sie sollten vielleicht nicht so eilig vorgehen.

es gibt ein lebhaftes hin und her um die frage, wer jetzt was sagen oder beantragen darf. baader will vor der vernehmung zur person zunächst eine gegenvorstellung zu der sachverständigenbestellung abgeben, prinzing verweist ihn jedoch auf außerhalb der hauptverhandlung. als baader daraufhin ansetzt, über die tendenz zu reden, der öffentlichkeit die entwicklung von zusammenhängen vorzuenthalten, läßt prinzing ihm das mikrofon abschalten.

plottnitz kommt zu wort und regt an, eine zeitungsmeldung im zusammenhang mit der entscheidung des bundesverfassungsgerichtes zu verlesen. prinzing lehnt ab mit dem hinweis, das diene nur der propaganda, das sei in der strafprozeßordnung auch nicht vorgesehen. plottnitz kontert, auch die verlesung der entscheidungen anderer gerichte in der hauptverhandlung sei nicht gesetzlich vorgesehen und der verteidigung müßten zwei sätze kommentar erlaubt sein. prinzing verweigert das. heldmann weist erregt auf die tatsache hin, daß der unterschied zwischen bundesverfassungsgericht und verfassungsrecht sehr wichtig sei, "vor allem hier im saal."

baader will sich äußern, prinzing läßt ihn nicht zu wort kommen. baader wolle sich, meint er, nicht zur sache äußern - dabei hat baader noch gar nicht zu erkennen gegeben, zu welchem thema er sprechen will. wieder werden von der verteidigung die "telepathischen fähigkeiten" von prinzing angesprochen.

nach der auseinandersetzung beantragt heldmann, das verfahren zu unterbrechen: gründe: prof. rauschke hat bei seiner anhörung eine verhandlungsunfähigkeit der angeklagten nicht ausgeschlossen nach etwa zwei bis drei wochen. am 8. juli 1975 hat er hier gesagt, daß nach drei wochen über die verhandlungsunfähigkeit der angeklagten nichts mehr zu sagen sei. diese zeit ist jetzt um. die voraussetzung uneingeschränkter verhandlungsfähigkeit für eine fortsetzung des verfahrens liegt daher nicht mehr vor.

plottnitz, riedel und becker schließen sich dem antrag für ihre mandanten an.

die bundesanwaltschaft nimmt stellung: wir sind der auffassung, daß der antrag gestellt wird, weil verhindert werden soll, die nächsten prozessualen schritte zu gehen. der gefängnisarzt henk hat keine anhaltspunkte für eine verhandlungsunfähigkeit gefunden. schon ein laie erkennt, daß seitdem keine veränderung im verhalten und im zustand der gefangenen eingetreten ist. wir beantragen ablehnung des antrags.

heldmann erwidert: 1. ich gebe den vorwurf zurück: die bundesanwaltschaft hat ihre erwidderung abgegeben, um mit verhandlungsunfähigen angeklagten weitermachen zu können. 2. der gefängnisarzt henk hat sich laut protokoll in seiner äußerung korrigiert.

3. zu "schon der laie erkennt ...": ich sage: auch der laie erkennt, daß die gefangenen nicht verhandlungsfähig sind, jedenfalls nicht in dem bisherigen umfang. man braucht nur die zeitungen zu verfolgen. die journa-listen sind auch laien und stellen die verhandlungsunfähigkeit fest.

bundesanwalt widerra meint, heldmann selbst habe früher erklärt, bei zeitweiser verhandlungsunfähigkeit solle jeweils nur der nachmittag des dritten verhandlungstages einer woche ausfallen. heldmann beruft sich demgegenüber nochmals auf prof. rauschkes äußerung. baader bestreitet widerras behauptung und fügt hinzu:

unser zustand hat sich verschlechtert, auch nach aussage von henck. unser gewicht hat sich verringert. der hauptvorwurf ist die verschleppung des verfahrens. wir sagen: die bundesanwaltschaft verschleppt das verfahren seit drei jahren. mit der gehirnwäsche, die uns jede kontur nehmen soll, ...

prinzing unterbricht: zur sache ...

baader will erwidern, setzt an mit "prinzing", prinzing unterbricht sofort wieder, weil er die anrede ohne "herr unter zivilisierten menschen" für eine beleidigung hält. es entwickelt sich eine auseinandersetzung darum. baader hält prinzing entgegen, daß er selbst von ihm laut protokoll auch immer als "Baader", also ohne "herr", angeredet würde.

(Anm.: für die folgende passage fehlt mit der zusammenhang. es war etwa so:) baader: wir sind nach wie vor nicht verhandlungsfähig. es ist unsinnig, uns innerhalb oder außerhalb der hauptverhandlung stellung nehmen zu lassen, da sie eh permanent verhindern, daß ein zusammenhang entwickelt wird. wir können uns nicht ausreichend vorbereiten und wir können nicht in der hauptverhandlung vorstellungen entwickeln, wie wir die verhandlung führen wollen.

der senat zieht sich zu einer knapp halbstündigen beratung zurück. während der pause trifft auch schily ein.

prinzing gibt den beschluß bekannt: der antrag wird abgelehnt. gründe: es wurde schon früher gesagt, daß das gericht die angeklagten für verhandlungsfähig hält, ebenso wie die sachverständigen. die angeklagten haben bisher ihre verhandlungsfähigkeit bewiesen. in ihrem zustand ist inzwischen keine änderung eingetreten. um den beschwerden nachzugehen, ist eine untersuchung angeordnet worden. das war um so mehr erforderlich, als die gefangenen seit beendigung des hungerstreiks nicht mehr untersucht worden sind. die angeführte zeitvorstellung von prof. rauschke war nur eine unverbindliche äußerung, wie sich aus dem zusammenhang ergibt.

plottnitz: ich konstatiere die ungeduld der bundesanwaltschaft, zur vernehmung zur person zu kommen. es mag scheinen, daß dieses verfahren der justiz im halse stecken bleibt. der vom senat als "merkwürdige zwischenphase" bezeichnete verfahrensabschnitt ist jedoch nicht von der verteidigung verschuldet, sondern seine aufblähung ist durch maßnahmen erfolgt

prinzing unterbricht. plottnitz habe nicht das recht zu erklörungen, sondern nur zu einem antrag. es kommt zu einer auseinandersetzung, in der heldmann rügt, daß der senat ständig die verteidigung unterbreche und rüge, nicht aber - bei gleichem sachverhalt - die bundesanwaltschaft. prinzing erregt sich, ruft plottnitz zu: die art und weise, wie sie sich hier aufführen, ist unmöglich. plottnitz darauf: offensichtlich will der vorsitzende festlegen, welcher verteidiger nächste woche in ein erziehungsheim gehört. die szene beruhigt sich wieder etwas. plottnitz kommt dazu, seinen antrag zu stellen:

für meinen mandanten raspe lehne ich sämtliche richter des senats wegen besorgnis der befangenheit ab.

- erkeit im saal. entgegen seiner sonstigen gewohnheit rügt prinzing die öffentlichkeit nicht. er wird von der verteidigung darauf aufmerksam gemacht und meint, daß er auch sonst bei ersten äußerungen aus dem saal großzügig gewesen sei. -

plottnitz führt die gründe für die ablehnung auf. es geht um den beschluß des senats, die isolation der gefangenen auch weiterhin aufrechtzuerhalten. die dreijährige sonderbehandlung sei ohne beispiel in der bundesdeutschen nachkriegsgeschichte, ihre fortsetzung bedeute auch für die zukunft das abschneiden jeglicher sozialer beziehungen. der senat habe volle kenntnis von den folgen solcher isolation: schleichen- de zerstörung der persönlichkeit.

plottnitz zitiert ausführlich den theuns-aufsatz in kursbuch 32 und stellt fest, daß die haftbedingungen der angeklagten den dort aufgeführten kriterien für sensorische deprivation mühelos subsumierbar sind. er beschreibt diese haftbedingungen nochmals ausführlich: die möglichkeiten der geräuschwahrnehmung für baader und raspe sind nicht völlig abgeschnitten, aber es erfolgt eine künstliche minimierung. die optische wahrnehmung beschränkt sich auf die wände, die decke der zelle und auf den 7. stock, wobei der hofgang kaum veränderungen bewirkt. die gefangenen haben praktisch keine außenwelt. (plottnitz zitiert eine stelle aus einer untersuchung von groß/s vab-zitat, das ich nicht mitbekommen habe. jedenfalls kommt es zu dem schluß:) eine "isolation zu zweit" ist möglich.

bücher und schallplatten sind kein ersatz für soziale kontakte. der senatsbeschluß erfolgte in einer situation, in der die gesundheitliche schwächung der angeklagten bereits offenkundig war. darauf haben wir öffentlich hingewiesen; auch der gefängnisarzt henk hat das bestätigt. dennoch hat der senat keine rücksicht darauf genommen und die sonderabteilung für die gefangenen nicht aufgelöst.

die rechtfertigung sollen "sicherheitsgründe" abgeben es soll der eindruck erweckt werden, als sei die unbegrenzte isolation gesetzlich vorgesehen. das ist jedoch nicht der fall. der senat hat insgesamt schwerwiegende gefahren für die gesundheit der gefangenen billigend in kauf genommen - und das alles vor der beweisaufnahme über die vorwürfe gegenüber den angeklagten. von daher sind die angriffe gegen die justiz nicht verwunderlich.

angeblich sollen den gefangenen sogar privilegien gewährt werden, indem baader und raspe zusammengelegt werden. das bedeutet jedoch nur, daß - anstatt andere leere zellen zu belegen - eine weitere zelle leer gemacht wird. die wahre bedeutung des beschlusses ist es, sehenden auges die fortdauer der isolation anzuordnen, eine verschlechterung des zustandes der gefangenen in kauf zu nehmen und das alles mit der publikumswirksamen genehmigung von tischtennis-spiel zu verschleiern. andere gefangene haben schließlich regelmäßigen gemeinsamen sport im freien. einerseits wird die isolation bestritten, andererseits ihre fortdauer angeordnet. offensichtlich sind die richter nicht gewillt, die körperliche integrität der gefangenen zu schützen.

ich verweise auch auf den zynismus, der darin liegt, den psychiater mende deshalb als besonders qualifiziert zu bezeichnen,

weil er sich mit der situation verschütteter bergleute beschäftigt hat. ist das das eingeständnis, daß die situation der angeklagten der von unter-tage eingeschlossener bergleute entspricht? es kann von keinem gefangenen verlangt werden, daß er richter für unbefangen hält, die seine zerstörung in kauf nehmen. ich nenne noch zusatzgründe für die ablehnung:

1. ablehnung von theuns. als grund wurde nur angeführt, daß er aus seiner ärztlichen verantwortung heraus gegen die haftbedingungen protestiert hat. offensichtlich sind die richter allein daran interessiert, die vorwürfe bezüglich der haftbedingungen der öffentlichen erörterung zu entziehen.

2. trotz der bedenken von baader und enslin hat der senat an der bestellung von mende und erhardt festgehalten. diese psychiater können aber die zusammenhänge zwischen isolation und krankheit nicht erkennen. die absicht dahinter ist entweder, den zusammenhang zwischen haft und gesundheitszustand nicht öffentlich werden zu lassen, oder aber die eventuellen ergebnisse der untersuchung durch prof. rasch von vornherein durch gegengutachten zu relativieren. so soll verhindert werden, daß der senat sich gezwungen sieht, die gefangenen in den normalen vollzug zu integrieren oder aber sagen zu müssen in der öffentlichkeit, daß die gesundheit der gefangenen nicht interessiert.

raspe will die begründung des antrags ergänzen und beantragt dafür eine pause zur vorbereitung. prinzing läßt die ergänzung zu, will aber keine pause gewähren. der senat bleibt auch auf einspruch von plottnitz dabei. raspe: die bundesanwaltschaft erhält zu jeder gelegenheit eine pause, wir bekommen sie nicht. prinzing: das gilt für erwidern auf erklörungen/anträge, nicht aber für das stellen von eigenen anträgen.

raspe setzt mit seiner begründung an, prinzing unterbricht ihn sofort, weil er meint, raspe wolle zu etwas anderem sprechen als zum ablehnungsantrag. raspe beginnt nochmals: was der senat versucht, seit er als instrument des staatsschutzes eingesetzt ... prinzing unterbricht wieder und verwirft raspe wegen beleidigung. raspe nennt den eingriff zensur, prinzing erwidert, er verlange nur "ordentliches benehmen". raspe bleibt bei seiner auffassung: sogar die begründung von ablehnungsanträgen wird hier zensiert. unterbrechen sie mich doch nicht nach jedem halben satz. was war denn eigentlich der grund für die unterbrechung eben?

prinzing will keine antwort geben. als raspe darauf besteht, nennt er schließlich die äußerung "instrument des Staatsschutzes". darauf raspe: das ist eine zensur der inhaltlichen begründung, das ist doch die begründung für meine ablehnung. ich bleibe dabei und ich muß das wiederholen; daran können sie mich nicht hindern. ich bin fest davon überzeugt, daß der senat sich bei der festlegung der haftbedingungen als instrument des staatsschutzes erweist. wenn sie mir deshalb das mikrofon abstellen, dann ergibt sich ein neuer scharfer widerspruch.

1. der senat und prinzing versuchen, das in der struktur des systems entwickelte vernichtungsinteresse gegen die stadtguerilla durchzusetzen in der verfügung über uns. in dieser funktion für die staatschutzstrategie ist die isolationsfortführung zu verstehen. so erklärt es sich, daß seit eineinhalb jahren unsere untersuchung durch andere ärzte verhindert wird - selbst bei der alternative tod. so ist auch der neue beschluß zu verstehen. damit sind die haftbedingungen für mindestens drei jahre beschlossen. so ist auch die ankündigung des zusammenschlusses zu verstehen. der senat weiß, daß das eine kulminierung bedeutet. die folgen sind hier präsent. die richter kennen das wissenschaftliche material zu diesen fragen. sie haben ihre maßnahmen in kenntnis dessen ergriffen.

2. das gericht muß versuchen - und das ist sein besonderer job - die vernichtung durch isolation ohne rechtliche basis durchzusetzen, als rechtsbruch und dabei diesen rechtsbruch wie recht auszuheben. daraus ergibt sich der widerspruch, einerseits die isolation zu bestreiten und sie andererseits mit einer sicherheitsmystik als rechtfertigung zu versehen. zwischen beiden polen gibt es vermittlungen, so, die unabhängigen ärzte als "sicherheitsrisiko" abzulehnen.

es wird deutlich, daß auch der zustand der folter schon gefährlich ist. oder, anders gesagt: die sicherheitslage wird in den gefangenen hineinverlegt, indem er gebrochen wird. (anm.: zusammenhang fehlt hier stellenweise in meinen notizen.) das ist nicht übertrieben, wenn andreas sagt, der beschluß ist ein todesurteil. nur eines fehlt in seiner begründung: daß in bruchsal für die zeit nach unserer u-haft, aber schon jetzt vor dem urteil, ein schalltoter trakt gebaut wird mit doppelüren, video-überwachung, panzerglas usw., vollkommen getrennt von der übrigen anstalt. darin ist der vollzug des urteils hier klar. das wird dann ohne öffentlichkeit ablaufen. wir werden übrigens die ministeriellen anordnungen dazu demnächst zu den akten geben.

durch prinzing erklärt der senat selbst: "je nach der intensität der haftzwecke sind die haftbedingungen in vielfältiger weise abgestuft," das ziel ist die vernichtung und danach ist die intensität

ausgerichtet. als beispiel folgendes: im siebten stock der anstalt gibt es eine wand aus glasbausteinen, die praktisch undurchsichtig ist, durch die man nur umrisse sehen kann, also nur sehen kann, daß jemand auf der anderen seite ist aber nicht wer. im zusammenhang mit dem senatsbeschluß bezüglich tischtennispielen - der dann ja auch schlagzeilen gemacht hat, obwohl wir gar nicht zum spielen in der lage sind (wir setzen uns aber in der zeit auf den fußboden) - also im zusammenhang damit wurde in dem vorraum mit der glasbausteinwand ein fisch aufgestellt. durch die wand kann man in umrissen sehen, wenn gefangene auf das dach geführt werden ...

die bundesanwaltschaft unterbricht und verlangt, gehört zu werden. plottnitz widerspricht und verlangt, daß raspe seine ausführungen zunächst beenden kann. verteidigung und bundesanwaltschaft liefern sich, ohne daß die mikrofone eingeschaltet sind, quer durch den saaleine - wie prinzing es kurz darauf nennt - "redeschlacht". schließlich greift prinzing ein und meint gegenüber der bundesanwaltschaft zunächst, man solle doch raspe zu ende sprechen lassen, eine unterbrechung bringe nicht viel. die bundesanwaltschaft besteht jedoch auf einer worterteilung und prinzing gibt nach.

die bundesanwaltschaft beantragt, raspe das wort zu entziehen, da er es zur prozeßverschleppung mißbrauche und nichts zur sache sage. prinzing gibt diesen antrag als "mahnung" weiter. heldmann greift ein: hat hier die bundesanwaltschaft gemahnt? prinzing: nein, ich habe nur den antrag als mahnung des vorsitzenden weitergegeben.

raspe: ich stelle den antrag, daß der senat die bundesanwaltschaft anweist, inhaltlich nachzuweisen, was sie gerade behauptet hat.

prinzing: der antrag ist nicht zulässig.

raspe: umgekehrt läuft das aber.

raspe will fortfahren, zu dieser frage stellung zu nehmen, aber prinzing unterbricht ihn sofort und fordert ihn auf, mit der antragsbegründung fortzufahren. raspe besteht darauf, konkret auf die sache einzugehen: ich wiederhole: die bundesanwaltschaft erteilt ständige weisungen an den senat, die dieser weitergibt.

prinzing: das haben sie schon gesagt, machen sie weiter.

plottnitz: ihr verhalten ist unmöglich.

es gibt eine auseinandersetzung über die ständigen unterbrechungen durch prinzing, ehe raspe jeweils überhaupt richtig angefangen hat zu sprechen. prinzing rügt plottnitz schließlich ausdrücklich zu protokoll. heldmann verteidigt seinen kollegen, der schließlich seine verteidigerrecht ausgeübt habe. prinzing: ich rüge das, die verteidiger sollen sich an die strafprozeßordnung halten. das hier ist ein undiszipliniertes verhalten. plottnitz: wenn sie mir eine rüge erteilen, dann leiten sie das bitte an meine standesorganisation weiter. schließlich setzt raspe an: ich stelle nochmals fest (heiterkeit im saal) prinzing: also wenn sie das nochmal sagen, dann entziehe ich ihnen das wort.

raspe: na gut. es wurde also veranlaßt, daß die wand, von der ich gesprochen habe, weiß gestrichen wurde, damit wir noch nicht mal die umrisse von anderen menschen zu sehen bekommen. das genau ist ein konkretes beispiel für die perfektionierte sensorische deprivation. das ist gemeint, wenn wir sagen, daß die isolation perfekt ist, daß wir hermetisch abgeriegelt sind. weil prinzing und der senat abhängig sind, wie wir bei den anweisungen der bundesanwaltschaft gesehen haben ...

prinzing unterbricht: das ist eine wiederholung.

plottnitz spricht gegen die unterbrechung. raspe meint, er wolle genau diese behauptete abhängigkeit schließlich nachweisen; prinzing meint dazu nur: ja, ja. ehe raspe richtig weitersprechen kann, unterbricht prinzing ihn endgültig und entzieht ihm das wort "wegen ständiger wiederholung".

plottnitz: das ist ein beispielloser vorgang, ich beanstande ausdrücklich, daß hier die ausführung der gründe für einen befangenheitsantrag abgeschnitten wird.

die bundesanwaltschaft beantragt die ablehnung des befangenheitsantrags, weil er offensichtlich unbegründet sei. (anm.: die bundesanwälte haben nicht mitbekommen, daß es zu diesem zeitpunkt gar nicht um den befangenheitsantrag, sondern um den wortentzug von raspe geht.)

prinzing: sie sollen jetzt nicht dazu stellung nehmen, sondern zum wortentzug.

bundesanwaltschaft: keine stellungnahme.

der senat beschließt im umfrageverfahren, daß der wortentzug bestehen bleibt.

jetzt darf die bundesanwaltschaft zum ablehnungsantrag selbst stellung nehmen: wir beantragen die ablehnung des antrags. er ist vielleicht schon nach § 26 a Abs. 1 Nr. 3 Strafprozeßordnung (wegen prozeßverschleppungsabsicht) unzulässig. außerdem enthält er nur die isolationsbehauptung, konkrete gesundheitsschäden sind jedoch nicht genannt worden. das gleiche gilt für die gründe zur gutachterbestellung. wer außerdem vom staatsschutz spricht wie von der gestapo und der mafia, der erkennt, daß der staatsschutz hier nur dazu da ist, vor bombenlegem und revoluzzern zu schützen und zwar unter einsatz des lebens. das ist anzuerkennen. wir beantragen auch, das verfahren gegen raspe abzutrennen. über diesen antrag ist sofort zu entscheiden.

plottnitz: ich beantrage ausdrücklich, in die ablehnungsgründe auch den wortentzug bei meinem mandanten aufzunehmen. gerade wenn die unparteilichkeit eines richters bestritten wird, ist ein solches verhalten unmöglich. zur bundesanwaltschaft: für den abtrennungsantrag gibt es keine gründe, die eine unaufschiebbarkeit der entscheidung begründen könnten. der antrag ist daher abzuweisen.

bundesanwaltschaft: der grund liegt auf der hand: "der prozeß muß weitergehen."

schily meldet sich zu wort, prinzing erteilt es ihm mit leidendem gesichtsausdruck.

schily: der antrag betrifft alle vier angeklagten. ich verstehe ihren tiefen seufzer bei meiner wortmeldung nicht.

prinzing: sagen sie, was sie auf dem Herzen haben.

schily: nicht so sehr auf dem Herzen ... zur "unaufschiebbarkeit" der bundesanwaltschaft, damit das verfahren "gefördert" werden soll: die abtrennung des verfahrens gegen raspe würde das gegen teil bewirken, nämlich eine komplikation. der antrag ist daher unbegründet. er ist auch nicht unaufschiebbar. der senat ist nach der ablehnung durch raspe gar nicht mehr entscheidungsbefugt.

ich möchte noch einen hinweis geben: ein ablehnungsgesuch ist vom begriff her immer ein angriff gegen den richter. wenn ein solches gesuch durch die intervention der bundesanwaltschaft unterbrochen wird und sich in der folge daraus wiederholungen ergeben, so kann das niemals einen wortentzug rechtfertigen. im übrigen gibt es auch sonst in einem verfahren wiederholungen, das ist auch sinnvoll. der wortentzug in diesem fall ist ein eklatanter rechtsverstoß gegen elementare rechte des angeklagten.

plottnitz beantragt, raspe das wort wieder zu erteilen; prinzing lehnt wegen "fünfmaliger wiederholung" ab. plottnitz: raspe will aber zum abtrennungsantrag stellung nehmen. heldmann fragt, ob denn dieser antrag der bundesanwaltschaft schon erledigt sei. prinzing: jetzt können wir darüber keine entscheidung fällen.

es ist 11.35 uhr. prinzing gibt bekannt, daß der senat sich bis um 12.00 uhr außerhalb der hauptverhandlung dienstlich zu dem ablehnungsantrag äußern werde und daß die verhandlung voraussichtlich um 14.30 uhr fortgesetzt werde.

um 13.10 uhr finden wir am toreingang einen zettel, der besagt: "die verhandlung wird für journalisten und zuschauer voraussichtlich nicht vor 15.30 uhr fortgesetzt." daraufhin beschließen wir, nicht so lange zu warten und fahren zurück.

DOKUMENT

GEGENVORSTELLUNG VON SCHILY GEGEN DIE BESTELLUNG VON PROFESSOR ERHARDT ALS GUT-ACHTER

ich möchte zunächst an die äusserungen des hier gehörten gefängnisarztes dr. henk erinnern, der auf die frage nach den wissenschaftlichen grundlagen seiner auffassungen unter anderem arbeiten von tilman moser genannt hat. aus einer solchen arbeit möchte ich jetzt im folgenden zitieren, und zwar aus dem buch "repressive kriminalpsychiatrie" (edition suhrkamp 419, frankfurt 1971). es handelt sich um zitate von tilman moser selbst und von ihm zitierte äusserungen von prof. erhardt.

normatives schuldstrafrecht muß aber nach der herrschenden lehre der kriminalpsychiatrie auch gegenüber abnormen tatern absolut durchgehalten werden. ein psychiatrischer gutachter, dem hieran zweifel kämen, könnte nicht mehr vor gericht zugelassen werden, wenn es nach den strengen zunftregeln der kriminalpsychiatrie ginge. wie weit der identifikationsdruck mit der normativen schuldauffassung getrieben werden kann, zeigt das votum des präsidenten der deutschen gesellschaft für psychiatrie, erhardt: "diese normative schuldauffassung ist heute in lehre und rechtsprechung (bghst gr. s. 194) allgemein anerkannt. der psychiatrer als sachverständiger muß diese prinzipien kennen. er darf in der begutachtung niemals von einem ihm persönlich noch so richtig und wichtig erscheinenden konzept an-

derer art, einer neuen und scheinbar überzeugenden theorie ausgehen, um nicht die für ihn entscheidende fragestellung und die ihm zukommende antwort zu verfehlen". wie man sieht, wird hiernicht einmal vor der forderung der persönlichen und wissenschaftlichen selbstverleugnung haltgemacht, wenn es darum geht, das einmal durchgesetzte konzept zu verteidigen. auf diese weise läßt sich wenigstens die teilung der kriminalpsychiatrischen gutachter sichern: einerseits in die, die ohnehin und durch konvention die abnormen täter über den schuldleuten schlagen, in jene, die, falls sie an dieser konvention zweifel haben, ihre persönlichen überzeugungen im dienst repressiver kriminalpolitik zurückstellen vermögen, und in solche, die zu dieser selbstverleugnung nicht bereit oder fähig sind. ob dies eine positive auslese ist, darfman füglich bezweifeln. (s. 52 f.)

ich bringe dieses zitat zur kenntnis, damit der absolute vorrang kriminalpolitischer ziele von der ärztlichen diagnose deutlich wird. das ist auch für die frage der verhandlungsfähigkeit von bedeutung, nicht nur für die schuldfrage. bei einer solchen auffassung bekommt ein gutachter schlagseite und es besteht die gefahr der anwendung der "palnström-methode": "weil, so schließt er messerscharf, nicht sein kann, was nicht sein darf

in akademischer feinsinnigkeit wird also ein mensch hier aufgespalten in zwei teile: einen medizinisch relevanten (nicht krank, wohlgeordnet, sondern eine besondere "species generis humani") und einen juristischen, den unhild, weil nur diese definition eine verurteilung erlaubt und den arzt seiner verpflichtung enthebt, über eine geeignete behandlung nachzudenken. nun, der präsident der deutschen gesellschaft für psychiatrie und nervenheilkunde, helmut erhardt, stellt die sache für juristen wie für ärzte klar in einem aufsatz mit dem bezeichnenden titel "die tendenz zur exkulpierung": "wir dürfen uns nicht durch schlagworte wie "heilen statt strafen" den blick für die wirklichkeit vernebeln lassen. heilen kann man

krankheiten, die meistens sexualdelinquenten sind, aber nicht krank." und wer nicht krank ist, hat auch keinen anspruch auf behandlung, er verdient strafe, und die gesellschaft ist einen weiteren lästigen hilfsanspruch los. wenn krankheit ausscheidet, bleibt nur die unhildsdefinition, der damit der arzt implizit zustimmt. der beruhigungsprofit des juristen aus diesem pakt ist also nicht gering zu veranschlagen. einer tendenz zu unterwürfiger kompetenzpreisgabe bei den psychiatern steht eine ebenso deutliche zur kompetenzbewahrung bei den strafjuristen gegenüber. (s. 54 f.)

... aber die kriminalpsychiater sind hier weit juristischer als die juristen (auf ihre klagen über die erweiterung des krankheitsbegriffs durch den bundesgerichtshof wird später noch einzugehen sein): sie neigen viel stärker dazu, aus kranken schuldige zu machen. lange ist hier einer freundlichen verkennung der lage erlegen. bei helmut erhardt etwa heißt es: "in unserem ärztlichen tun und lassen stehen selbstverständlich krankhafte, abartige und psychoreaktiv-neurotische gesundheitsstörungen, organische krankheit und psychogenes kranksein gleichberechtigt nebeneinander. der ärztliche auftrag kennt keinen unterschied zwischen den verschiedenen erscheinungsformen gestörter gesundheit. in der gutachtertätigkeit ist dagegen wortlaut und sinn des gesetzes bestimmend. die vom arzt konstatierte hilfsbedürftigkeit oder hilfsmöglichkeit ist kein maßstab für die voraussetzungen der schuldfähigkeit oder der geschäftsfähigkeit oder der erwerbsfähigkeit." die ständige berufung auf das gesetz verdeckt, daß der wortlaut ein kompromiß zwischen juristen und ärzten war, und daß die verlautbarungen der psychiater an die öffentlichkeit, in juristischen, kriminologischen und anderen fachblättern, doch darauf zielen, die auslegungsregeln zu verändern, im falle erhardts eben gegen die "tendenz zur exkulpierung". kaum einer argumentiert so geschickt in diesem umwandlungsprozeß von psychisch kranken in juristisch schuldige wie gerade der präsident der berufsvereinigung der psychiatern, erhardt. (s. 65 f.)

sie wissen, daß erhardt seinerzeit der großen strafrechtskommission angehörte. erhardt selbst sagt dazu: "die große strafrechtskommission konnte bei der behandlung der schuldfähigkeitsfrage mit guten gründen vom geltenden recht sowie der bei uns doch weitgehend einheitlichen - und gar nicht so seltenen - forensisch-psychiatrischen praxis ausgehen. die konservative stellung des entwurfs zur frage der schuldfähigkeits-beurteilung kann deshalb nicht überraschen und sie entspricht in der grundkonzeption demjenigen, was unsere psychiatrischen vater und großväter erarbeitet haben." (s. 105 f.)

tilman moser kommentiert weiter:

hier wird sichtbar, was erhardt mit seiner "individualisierung" vermutlich meint: wo eine tendenz zur exkulpierung eines tatters aufgrund seiner abnormität entstehen könnte, muß individuell geprüft werden, ob sie zur exkulpierung nicht ausreichende abnormität durch somatisch orientierte konstellative faktoren noch einmal potenziert ist - eine prüfung, die in der regel nicht in dubio pro reo ausgehen dürfte, wenn aber nicht, so bleibt nur die warnung an gesetzgeber und richter: "psychopath ist im zweifelsfall jeder zweite." (s. 107)

diese zitierte äusserung von erhardt bitte ich besonders zur kenntnis zu nehmen. sie könnte gerade im vorliegenden fall von bedeutung sein. weiter schreibt moser über die bereitschaft erhardts, ständig neue wissenschaftliche erkenntnisse aufzunehmen und zu verarbeiten:

da die frage demöglichen modifikation des krankheitsbegriffs auch im sonderausschuß aufgetaucht ist, sei hier kurz vermerkt, wie der psychiatrer erhardt die juristen darüber beruhigt hat, daß vielleicht einmal "einzelne schizophrene krankheitsbilder als mehr oder weniger psychogen erkannt werden sollten: "dann müßten sie in gottes namen in 20 oder 50 jahren die beiden paragraphen ein wenig umformulieren". (s. 123 f.)

abschließend dazu betone ich nochmals, daß es hier nicht um fragen der begutachtung von schuldfähigkeit geht, sondern nur um die darstellung, daß erhardt seine ärztliche verantwortlichkeit eine stufe tiefer angesetzt hat als kriminalpolitische ziele. das aber bedeutet die große gefahr einer verzerrung bei einem gutachten, wie es hier gefordert wird.

ich hätte nun auch gern gewußt, in welcher form der senat ausgerechnet diese beiden gutachter ausgewählt hat. welche kriterien wurden angelegt? inwiefern wurden die von der verteidigung genannten gutachter von vornherein gar nicht berücksichtigt oder gleich als sympathisanten gesehen? nun sind es aber alle anerkannte gutachter. daher müssen die gründe gegen sie genannt werden.

die gefangenen akzeptieren nur rasch und einen anderen gutachter von der liste. wird darauf nicht eingegangen, so findet keine psychiatrische untersuchung statt, denn eine zwangsweise untersuchung ist auf diesem gebiet nicht zulässig. wenn also der senat eine vernünftige und sachgerechte begutachtung wünscht, dann ist es notwendig, auf den antrag rasch einzugehen.

noch kurz zu der frage eines internisten: wir haben dr. schmidt-voigt genannt. der senat ist offenbar einfach darüber hinweggegangen. nun hat dieser arzt schon einmal eine gefangene, nämlich astrid proll, untersucht und verhandlungsunfähigkeit diagnostiziert. hat er sich damit etwa für alle zeiten als gutachter disqualifiziert? das ergebnis darf aber doch nicht bestimmend für eine auswahl sein. infrage käme allenfalls die unsachlichkeit eines gutachtens. das war aber in frankfurt nicht der fall; das dortige gericht hat das gutachten ohne weiteres akzeptiert.

STAMMHEIM (ID) ZUR FRAGE DER BEFANGENHEIT DES RICHTERS 4. august

dr. h. heldmann in der strafsache gegen a. baader in der hauptverhandlung am 31. 7. 1975

der angeklagte andreas baader lehnt den vorsitzenden richter dr. prinzing sowie die richter am olg foth, maier, berroth und breucker wegen der besorgnis der befangenheit ab.

1. vorverurteilung des angeklagten in beschlüssen; interviews usw. durch die abgelehnten richter:

1.1. beschluß vom 12.3.75; prinzing, foth und berroth über rechtsanwalt croissant: er habe die "weiterführung der kriminellen vereinigung aus den zellen heraus betreiben" und somit "unterstützungshandlungen" geleistet. damit wird eine täterschaft der angeklagten nach § 129 vorausgesetzt, was erst nach einem urteilsspruch zulässig ist.

1.2. beschluß vom 27.3.75; prinzing, maier, breucker über groenewold: er habe der "verbreitung der auf gewaltsamen umsturz gerichteten ideen der angeklagten gedient und damit wesentlich dazu beigetragen, die voraussetzungen zur weiterführung der kriminellen vereinigung aus den zellen heraus zu schaffen." dies setzt die täterschaft der angeklagten nach § 129 stgb voraus.

1.3. beschluß vom 6.5.75; foth, breucker und berroth über rechtsanwalt ströbele: er habe "unter mißbrauch seiner verteidigerrechte an der weiterführung einer kriminellen vereinigung mitgewirkt". dies setzt die täterschaft der angeklagten nach § 129 voraus.

1.4. beschluß vom 20.6.75; foth, maier und berroth: "rädelsführer baader", "bandenangehörige", "ziel dieses gesuches ist es, durch böswillige diffamierung die abgelehnten richter fertigzumachen", "verhalten, mit dem die physische und psychische vernichtung von richtern propagiert werden soll", "folgeschwersten verbrechen der baader-meinhof-bande", "in der geschichte der deutschen justiz einmalig, daß ein rechtsanwalt sich für das auf physische und psychische vernichtung eines richters abgestellte programm der angeklagten einspannen läßt und daran mitwirkt". hierbei wurden stellungnahmen der bundesanwaltschaft wörtlich übernommen oder distanzierung oder kennzeichnung als "zitat. die abgelehnten richter haben damit die vorverurteilung der bundesanwaltschaft zu ihrer eigenen gemacht.

2. behinderung der verteidigung durch die abgelehnten richter:

2.1. prinzing, foth, maier, berroth und breucker haben ein unüberwachtes verteidigergespräch während der sitzung durch die anwesenheit von sicherheitsbeamten auf der anklagebank unmöglich gemacht. (derartige absprachen zwischen verteidigung und angeklagten sind wegen der unvorausehbarkeit eines prozeßverlaufs in jeder verhandlung üblich und

nötig). heldmann: "dieses rechtsstaatsprinzip wäre wohl noch geblieben".

2.2. sitzung vom 12.6.75; prinzing unterbrach wiederholt die verteidiger bei der befragung des gutachters henck. der aussage hencks war zu entnehmen, daß die angeklagten unter milderen haftbedingungen sich in einem besseren gesundheitszustand befinden würden. prinzings eingreifen verfolgte wohl den zweck, diese ausführungen zu tilgen oder zu entwerfen.

2.3. sitzung vom 12.6.75; bei der befragung des gleichen gutachters durch baader (es ging um den kausalen zusammenhang zwischen haftbedingungen und gesundheitszustand der angeklagten) wurde baader zunächst unterbrochen, schließlich entzog ihm prinzing das wort.

2.4. in der selben sitzung: prinzing ließ die an den gutachter gerichtete frage des rechtsanwaltes schily nach einer gesundheitsschädigenden auswirkung der isolationshaft nicht zu.

2.5. in derselben sitzung: prinzing legte dem gutachter nah, sich nicht mehr auf fragen der verteidigung einzulassen, die der prüfung einer möglichen voreingenommenheit dienensollten.

2.6. in derselben sitzung: prinzing bewirkte durch suggestive fragestellungen an den gutachter eine änderung von dessen negativer aussage zu einer positiven in bezug auf die verhandlungsfähigkeit der angeklagten.

2.7. sitzung vom 2.7.75; prinzing unterbrach rechtsanwalt schily unzulässig mit der begründung, er stelle suggestive fragen an den gutachter.

2.8. in derselben sitzung: prinzing sabotierte die in art. 103 grundgesetz garantierten grundrechte eines angeklagten gegenüber baader, als er eine frage baaders für unzulässig erklärte.

2.9. in derselben sitzung: prinzing unterbrach erneut die befragung des gutachters durch die verteidigung, als jene nach dem gesundheitszustand baaders fragten. diese permanenten unterbrechungen bedeuten eine sabotage des verteidigerrechts auf befragung von sachverständigen.

2.10. in derselben sitzung: prinzing versuchte die antwort hencks auf eine frage baaders zu verhindern. die frage bezog sich auf den zusammenhang von haftbedingungen und gesundheitszustand.

2.11. sitzung vom 8.7.75; prinzing unterbrach baader. er versuchte damit zu verhindern, daß sich baader bezüglich seiner verhandlungsfähigkeit zum sachverständigen prof. rauschke äußerte.

2.12. in derselben sitzung: prinzing versuchte den sachverständigen zu beeinflussen, indem er ihm das gutachten von dr. henck vorkhielt. hier lag eine unmittelbare sub-beeinflussung vor.

3. die abgelehnten richter zeigen sich fortgesetzt parteilich durch voreingenommenheit gegen baader und parteinahme für die bundesanwaltschaft.

3.1. sitzung am 11.6.75; der senat rügte nicht, daß noch vor eintritt der beweisaufnahme von "krimineller tätigkeit der bande" gesprochen wird.

3.2. sitzung vom 12.6.75; rechtsanwalt heldmann wurde in seiner befragung des dr. henck durch die bundesanwaltschaft unterbrochen. seine bitte an das gericht, ihm rederecht zu verschaffen, wird ignoriert.

3.3. in derselben sitzung; bundesanwaltschaft unterbrach rechtsanwalt schily bei der befragung von dr. henck und äußerte sich dahingehend, daß die priorität bei ihr läge. der senat griff nicht ein.

3.4. sitzung vom 18.6.75; prinzing zu der bemerkung von gudrun enslin, er solle doch gleich die prozeßleitung an die bundesanwaltschaft abgeben: "will die bundesanwaltschaft bezüglich des aufführens der angeklagten irgendwelche anträge stellen oder nehmen wir das hin?"

3.5. in derselben sitzung; verunglimpfung eines verteidigers durch foth, maier und berroth, wie den protokollen zu entnehmen ist.

3.6. sitzung vom 24.6.75; der senat läßt einen zwischenruf der bundesanwaltschaft ungerügt: "das klingt ja wie auf einem parteitag der kpd-m!!"

zwischenbemerkung: entsprechend könne die verteidigung einen vergleich mit dem nürnbergger parteitag hinzuziehen. daraufhin anhaltender beifall im "zuschauerraum". prinzing droht sofort die räumung des gesamten saales an. prinzing rügt die "ungehörliche" bemerkung des verteidigers und bestätigt damit dessen ausführungen.

3.7. die abgelehnten richter haben die beschlagnahme von prozeßmaterial durch die bundesanwaltschaft bei croissant akzeptiert. der antrag auf herausgabe des materials wurde vom gericht zurückgewiesen, obwohl es sich um unterlagen handelte, die von den am prozeß beteiligten anwälten für die verteidigung benötigt wurden.

3.8. in derselben sitzung: prinzing gibt äusserungen der bundesanwaltschaft direkt weiter und macht sie somit zu seinen eigenen: "herr baader - sie habens gehört!" (der konkrete vorfall ist uns entfallen.)

3.9. sitzung vom 20.6.75; baader bemerkte, die bundesanwaltschaft sitze und argumentiere in der tradition des staatschutzes des 3. reiches. prinzing unterbrach ihn dreimal und entzog ihm schließlich das wort. eingriff von heldmann. die sitzung wurde unterbrochen. anschließend kommt es jedoch zur schlichtung. prinzings folgende bemerkung, in der er heldmann

seinen dank für dessen angebliche zurechtweisung seines mandanten^{sagt} stellt eine verunglimpfung der verteidigung dar.

3.10. sitzung vom 16.7.75; baader wurde erneut das wort entzogen und dafür der bundesanwaltschaft erteilt, weitere wortentziehungen werden angedroht. (der genaue vorfall ist uns leider ebenfalls entfallen.)

3.11. in derselben sitzung; beifallsbekundungen unter den zuhörern werden dann wohlwollend überhört, wenn sie zugunsten der bundesanwaltschaft stattfinden. beifall für die verteidigung hat sofort die räumungsdrohung zur folge.

4. parteilichkeit prinzings: er glaubt einem gefängnisbeamten bezüglich des gesundheitszustandes eines angeklagten mehr, als dem betroffenen selbst. so begnügte er sich im todesfall holger meins mit den oberflächlichen informationen eines vollzugsbeamten. gegen die mitteilung des verteidigers, der holger meins kurz vor seinem tode noch besucht hatte, hatte er sich gesperrt. derartiges verhalten setzt er auch hier in der verhandlung fort.

5. zur begründung der ablehnung eines bereits früher gestellten antrags von raspe, der sich auch auf den punkt 4 bezog, wurde damals der vollzugsbeamte hower durch den richter breucker telefonisch vernommen. obwohl diese aussage von der polizeilichen vernehmung des zeugen abwich, wurde sie hinzugezogen. hower kam in der antragsbegründung raspes gar nicht vor.

ERKLÄRUNG

STAATSSCHUTZJUSTIZ, PSYCHOLOGISCHE KRIEGSFÜHRUNG UND IMPERIALISTISCHE ÖFFENTLICHKEIT

(ablehnungsantrag der vier gefangenen aus der raf gegen den 2. strafsenat des olg stuttgart, am 5.8.1975)

wir haben diesen antrag natürlich nicht als ganzen vortragen können. wir sind jeder - erst gudrun, dann andreas, dann ulrike, dann jan - zimal von prinzing unterbrochen worden und einem nach dem andern wurde das wort entzogen.

prinzings aktivitäten gegenüber den medien ergeben sich aus seiner instrumentierung für das vernichtungsinteresse und die vernichtungsstrategie der bundesanwaltschaft und des staatsschutzapparates. sie sind durch seine verhandlungsführung im verfahren selbst dauernd präsent - aber nicht darauf beschränkt. seine unterscheidung zwischen "außerhalb" und "innerhalb" der hauptverhandlung hat er selbst längst aufgelöst und er wendet diese nur an, wo sie praktisch die verteidigung einengt und vollends zerschlägt.

als staatsschutzfunktionär entwickelt er die produkte, die fälschungen und konstruktionen der bundesanwaltschaft und des staatsschutzapparates selbständig weiter - als eine ihrer wesentlichen vermittlungen zur presse, die allererst aus seiner stellung und funktion hier in diesem verfahren (das selbst bloß kriegsmittel ist) möglich ist - das heißt aus seiner funktion für den staatsschutz entwickelt er die aktivitäten, die wiederum funktional sind zu seinen beschlüssen, mit denen er die vernichtungshaft verfügt und funktional zu der verurteilung, die der staatsschutzapparat unter dem kommando bubacks vorprogrammiert hat und durch psychologische kriegsführung konditioniert.

prinzing macht sich selbst durch sie zum bestandteil der psychologischen kriegsführung. deshalb lehnen wir ihn ab.

über diesen zusammenhang: befangenheit prinzings, staatsschutz-justiz, psychologische kriegsführung, folter und öffentlichkeit ist hier einiges zu sagen.

das moment der öffentlichkeit in dem geschlossenen system trakt, bundesanwaltschaft, gericht, staatsschutzpresse

war es die anwälte sträbele, groenewold, klaus croissant. sie sind verhaftet worden, weil sie für buback identisch sind mit internationaler information über die methoden, die er lieber im dunkeln lassen würde. es gibt keinen anderen grund für die ausschlußverfahren und die verhaftungen. und sie sind verhaftet worden, um die verbliebenen anwälte unserer wahl, die buback die unverschämtheit bestitzt, "sogenannte vertrauensan-

wälte" (in seinem interview in der "quick") zu nennen, abzuschrecken (sogenannte vertrauensanwälte, also wahlverteidiger, die die demnach auch nur "sogenannte" menschenrechtskonvention als grundrecht - sogenanntes grundrecht - einem angeklagten zugestehen). abschreckung war das wort in bubacks interview in der welt am sonntag, im märz. abschreckung ist die funktion von terror. und sie reicht über die anwälte hinaus.

als klaus croissant verhaftet worden war mit der expliziten begründung, er habe internationale öffentlichkeit hergestellt zum schutz der gefangenen, er habe die öffentlichkeit über den hungerstreik informiert, kam busek (journalist des süddeutschen rundfunks, die red.) darauf, daß dieser vorwurf/haftgrund natürlich auch jedem journalisten gemacht werden kann, sofern er mehr sagt, als die agenturmeldungen. d.h., ihm fiel ein, daß der terror gegen die anwälte natürlich auch terror gegen die journalisten ist; und wie abschreckung funktioniert: der einzelne hält sich daran und es ist nicht notwendig, daß er das weiß.

was es jetzt noch gibt, ist die anwesenheit der gefangenen in den verfahren. denn daß wir post und besuche haben könnten, ist nicht wahr. was wir davon erfahren, sind prinzipiell ablehnungs- und beschlagnahmebeschlüsse, die jede politische kommunikation mit einer abstrusen sicherheitsargumentation verbieten, wohinter aber die gleichsetzung von kommunikation und agitation steckt, d. h. prinzipiell konsumentenbegriff von kommunikation. was agitation ist, weiß er nicht. was er macht, ist, daß er jede lebensäußerung von uns, einfach jedes wort als staatsgefährdend klassifiziert, insofern ist er schon idealtypisch die sorte unmensch, für die maihofer das wort "aktivbürger" gefunden hat - nach maihofers definition ist das der bürger, der "die geistige auseinandersetzung mit den ursachen dieser erscheinungen" ("diese Erscheinungen", die maihofer da hat, ist die stadtguerilla) und das beste eintreten jedes bürgers für seinen staat - "seinen" ist natürlich ein euphemismus bei einem staat, den das transnationale us-kapital beherrscht. "die bundesregierung" jedenfalls, so maihofer (in der bundestagsdebatte am 13. märz) wird diese voraussetzung solcher geistiger auseinandersetzung durch planmäßige aufklärungsarbeit weiter stärken, wie sie das schon bisher in ihren berichten und (illegalen) dokumentationen (mit fälschungen) aus den ermittlungsakten getan hat." -

prinzipiell job ist dabei, zu verhindern, daß die gefangenen aus der stadtguerilla in dieser "geistigen auseinandersetzung" zu wort kommen. die regierung schützt ihn. er schützt die regierung. mit dem aktivbürger ist der staat unter sich.

seine identifikation mit der strategie der psychologischen kriegsführung, ihren maßnahmen hat prinzipiell formuliert in seinem beschluß zur zulassung von sartre zum besuch bei andreas -

in dem prinzipiell ganz nackt befindet, die aktion gegen drenkmann habe die früher vermißte bereitschaft - gemeint ist: der medien - geweckt, die gegen staat und justiz gerichteten verleumdungskampagne durch die aufklärung der bevölkerung, entgegenzutreten.

prinzipiell, das wird ganz offensichtlich, bittet den staatsschutz um provokationen - er bittet ihn um verpestung des öffentlichen klimas; er sagt es ganz offen, daß er für seinen job, die vernichtung der gefangenen aus der raf, die unterstützung der medien braucht; daß er seinen job als im krieg versteht.

natürlich distanzieren wir uns von der aktion gegen die berliner justiz nicht. daß prinzipiell sie begrüßt hat, sie ihm gelegen kam, zeigt einfach nur wo er seit seiner beteiligung an der ermordung von holger steht.

psychologische kriegsführung ist zur dominanten methode des klassenkampfes von oben mitte der 60er jahre geworden, als mit der welle von rezessionen in allen akkumulationszentren des imperialismus und der verschärfung des antagonismus metropolen - dritte welt - der eskalation der amerikanischen kriegsführung in vietnam - die revolution in den metropolen endlich wieder aktuell geworden ist. sie ist aus der psychologisierung der konsumentenwerbung entwickelt worden als kriegsstrategie; aus der spezifischen kolonisierungsstruktur in den metropolen, die der us-imperialismus nach 45 westeuropa aufgezwungen hat durch antikommunismus und konsumentenkultur. ihr instrument sind die medien.

anders gesagt: immer resultat des imperialistischen krieges, komplement zum atomaren patt, wurde die psychologische kriegsführung nach dem bruch zwischen strategie und taktik des kapital - d.h. seit es keine strategie mehr hat, auf krise und revolutionären angriff nur noch reagieren kann, in dem der imperialismus als ausdruck seiner historischen defensive (der tatsache, daß er strategisch ein papiertiger ist) nur vernichtungsstrategien bilden konnte, ab mitte der 60er jahre hochgezogen zur dominante imperialistische politik, die krieg ist.

sie absorbiert alle bisherige wissenschaft - natur- und gesellschaftswissenschaft als herrschaftswissenschaft. sie ist als fusion auf politische fusionierung, d. h. reaktionäre, faschi-

stische mobilisierung aus -

sie bringt den imperialistischen, überdeterminierten staat auf seinen umfassenden begriff: kontrolle und erfassung. ihr spezifisches feld - prävention/eindämmung - verläßt sie nur, um das ganze imperialistische system seiner bestimmung: dem krieg im prozeß seiner zerschlagung durch die weltrevolution zuzuführen.

die totalitäre logik der psychologischen kriegsführung ist ein in sich geschlossenes system.

die "offensive information", die, wie maihofer sagt, "geistige durchdringung der erscheinungsformen des politischen terrorismus", wie schmidt sagt: "die geistig-politische auseinandersetzung" mit der revolutionären linken operiert mit material, das der apparat aus bundesanwaltschaft, gericht, bundeskriminalamt und regierung selbst produziert:

sie produzieren das feindbild - sie produzieren den jargon - sie produzieren die tatsachen, die ihr feindbild verifizieren sollen, - schließlich den provokateur, der den behauptungen der psychologischen kriegsführung den schein von tatsächlichkeit verschafft, sie dem schein nach verifiziert.

ein heer von wissenschaftlern und ein schützengraben-system von institutionen arbeitet die definitionen und die möglichkeiten ihrer verifizierung aus.

das läuft so: man schafft den begriff des "terrorismus" er ist eine projektion. er ist falsch.

die terrorismus-definition, mit der die counterstrategie gegen die guerilla operiert, stammt von hacker, der psychiater ist und mit pseudowissenschaftlichem vokabular die frage der sozialen veränderung/entwicklung als problem der erhaltung des gesellschaftlichen status quo stellt; als problem der gewaltsamen anpassung des menschen an unmenschliche verhältnisse. hacker gehört zu der clique imperialistischer wissenschaftler, die wie der verhaltensforscher lorenz und der behaviourist skinner es sich - wie die kapazitäten der deutschen gesellschaft für psychiatrie, zur lebensaufgabe gemacht haben, den materiellen inhalt von anti-imperialistischem kampf zu mystifizieren, die gefangenvernichtungsprogramme - programme zur vernichtung von gefangenen revolutionären und rebellen - wissenschaftlich aufzudrapieren. hacker ist berater des pentagon, des fbi, und des bka für aufstandsbekämpfung.

schwarz, maihofer, schmidt haben ihren terrorismus-begriff von dort, auch borchert, die polizeiliteratur und der berliner professor baming kürzlich auf einer tagung der thyssenstiftung - staffieren ihn mit dem schein von wissenschaftlichkeit und hintergrundinformationen aus. (sie haben keine - weil die ganze definition angewandt auf die stadtguerilla quatsch ist).

nach der definition von schwarz (innenminister in rheinland-pfalz) ist "die grundregel des terrorismus, möglichst viele menschen zu töten. lähmendes einsetzen ist der gefühlzustand, den terroristen offenbar bei immer mehr menschen in der ganzen welt herstellen wollen." es ist die präzise definition von israels politik gegen die palästinensische befreiungsbewegung, der vietnampolitik der usa, der politik der junta in chile, der politik der bundesanwaltschaft - ihre grundregel: möglichst viele tote kämpfer, möglichst viele tote gefangene. ("lähmendes einsetzen" ist in der tat präzise der gefühlzustand, den die bundesanwaltschaft bei immer mehr menschen herstellen will, wenn sie immer mehr tote trakte bauen läßt und immer öfter gefangene revolutionäre in tote trakte sperrt und auf dauer. jan und ich sitzen in nichts anderem hier in stammheim. augustin, die vier von stockholm, schiller und eckes sitzen in toten trakts. schwarz hat damit die folter als isolation - weil er als polizeiminister natürlich weiß, was das ist: terrorismus - also folter, anschaulich gefaßt. ich meine das so, wie ich das sage. weil wir im gegensatz zu den faschisten oder wenn sie das rügen wollen, kann ich auch sagen: politischen sadisten mit überdeterminierten formulierungen nicht so bei der hand sind.

daher und nur daher (also aus dem terrorismus: der bundesanwaltschaft) ist zu verstehen, wie es möglich war, daß der hungerstreik die aufhebung der isolation nicht erzwingen konnte (weil der terrorist buback auf möglichst viele tote gefangene aus war) und nur daher ist zu verstehen, warum (den terroristen) prinzipiell die tatsache unserer verhandlungsunfähigkeit nicht stört.

nachdem der begriff "terrorismus" durch die sprachregelung der regierung über die medien durchgesetzt ist als projektion - man projiziert mit anderen worten die politik des imperialismus gegen die befreiungsbewegungen auf diese - wie alle imperialistische propaganda, also die counterpropaganda nichts anderes sein kann, als projektion und füllt sie dann mit den provokationen der polizei:

mit der drohung mit trinkwasservergiftung gegen stuttgart, um das klima für den prozeß hier aufzuheizen - mit der raketen drohung gegen die fußball-wm im sommer 74 -

mit der lüge, es sei gelbkreuz gestohlen worden, mit dem falschen gelbkreuz-alarm in bayern -
mit den bombendrohungen gegen stuttgart 1972 -
schließlich mit der polizeiaktion real: der bombe, die am 6. dezember in einem gepäckschließfach in bremen explodiert ist, um nach der ernennung von holger (durch die bundesanwaltschaft) der counterpropaganda stoff gegen den hungerstreik und für die liquidation von weiteren gefangenen am streik zu verschaffen.

schließlich produziert man den provokateur, jetzt in der figur von müller, den der staatsschutz, der ihn seit einem jahr präpariert, die aktion bestätigen läßt, als von der raf.

der terrorismus - militärwissenschaftlich ist damit a u c h gemeint: die zerstörung von versorgungseinrichtungen, also deichen, wasserwerken, krankenhäusern, kraftwerken, eben kurz alles das, worauf die amerikanischen bombenangriffe gegen nordvietnam seit 1965 systematisch abzielten - operiert mit der angst der massen. die stadtguerilla trägt die angst in den apparat. der terrorismus macht sich die massen zum objekt. die stadtguerilla operiert mit der kluft zwischen apparat und massen und steht immer auf der seite der massen. die aktionen der stadtguerilla richten sich nie gegen das volk.

die aktionen der stadtguerilla schließen den terrorismusquatsch der innem-sicherheits-diskussion aus. und das volk weiß das. 86 prozent sind laut umfragen der meinung, daß es politiker und großaktionäre sind, die die sicherheitsfrage betrifft, aber nicht das volk, während 24 prozent der meinung sind, daß ihr telefon vom staat abgehört wird. das sind erstaunliche zahlen, wenn man bedenkt, wie die innerstaatliche feinderklärung pausenlos über die medien eingehämmert wird, wie schwach die guerilla noch ist und dagegen die staatspropaganda. sie verweisen auf die reife des systems, zerrütet, schließlich zerstört zu werden, auf das latent revolutionäre, manifest staatsfeindliche bewußtsein im volk.

aber nochmal müller, denn er ist wirklich ein gutes beispiel. es ging da auch nicht um einen verdacht, wie die frankfurter rundschau fälscht. es ging um tatsachen. wir haben hier einen beschluß, ein justizpapier vorgelesen, der es beweist. er ist das beispiel wie der staatsschutz den begründungszusammenhang selbst produziert, den er dann einsetzt, um in der öffentlichkeit seine vernichtungsstrategie gegen uns durchzusetzen.

das beispiel für den terrorismus des staats

es war müller, - der den fetzen ins info geschickt hat, indem er sich überlegt hat, wie man einen sprengsatz präpariert, daß er, wenn er zur entschärfung vereist wird, noch hochgeht - zu einem zeitpunkt, wo er schon vom staatsschutz seine anweisungen kriegte. - d.h., er schickte das zeug ins info, von dem aus die brücke zur bremer polizeiaktion (gepäckschließfach) zwar nicht geschlagen, wohl aber suggeriert und damit das zeug, das buback jetzt benutzt, um seinen terror gegen die anwälte zu rechtfertigen, die tatsache zu verschleiern, daß er die anwälte terrorisiert, weil sie das einzige moment von öffentlichkeit für die gefangenen sind, um die schutzfunktion, die sie noch sind, zu beseitigen, um endlich zur vernichtung aller gefangenen zu kommen.

und er läßt müller behaupten, die bombe der polizei im gepäckschließfach in bremen sei von der raf - weil der staatsschutz sich andererseits mit dieser schmierigen figur als kronzeuge selbst nur blamieren könnte, auch weil er ihn in dreieinhalb jahren isolation so zerstört hat, daß müller nur noch stammelt und das saster beim auflesen der texte der bundesanwaltschaft nur noch größer sein kann, als bei ruhand schon war - hat er ihr das mitgliedsbuch der sozialdemokratie überreicht, die politische identität einer partei, die selbst seit 45 keine andere identität mehr hat als vom us-kapital gekauft zu sein. -

sicher - die geschlossenheit des apparats, sein größe, seine macht sind enorm; aber angewiesen auf projektionen, schmierige typen, als einzigem ferment die käuflichkeit und dann auch noch undichten stellen, so daß die ortsgruppe, auf die müllers parteibuch ausgestellt ist, den dreckigen deal auch schon aufgedeckt hat und sich natürlich fragt, fragen muß, was dieser strichjunge in einer partei zu suchen hat, die ehrbare, beamtete radikale aussößt, die aus der teilnahme an einer demonstration gegen den us-imperialismus vor 8 jahren den berufsverbotsstrick dreht - zeigt sich in ihm auch die brüchigkeit des imperialistischen staatsapparates in der krise und dem geschichtlichen moment, wo das marxische schema mit der realen situation des endes des systems übereinstimmt.

die kehrseite der konditionierung und beherrschung der öffentlichkeit durch den staatsschutz ist, daß er wirklich in jeder beziehung lichtscheu sein muß.

noch zu busek - öffentlichkeit unter der herrschaft des monopolkapitals, des transnationalen us-kapitals ist die kontrolle der gesellschaft durch den staat als funktion des kapitals. nicht mehr die

öffentlichkeit kontrolliert den staat, sondern umgekehrt: der staat die öffentlichkeit.

es gibt keine absolute kontrollierbarkeit. um sie herzustellen führt der staat krieg. innere sicherheit ist sein kriegsziel. sein ziel ist, jede initiative zu lähmen, jede subjektive, individuelle lebensäußerung zu brechen, ihre vergeblichkeit zu demonstrieren.

kontrolle und erfassung - das strategische ziel von innerer sicherheit - zielt auf die vernichtung von kritischem bewußtsein; wo es relevant geworden ist, d. h. sich bewaffnet hat - auf die physische liquidation der kämpfer.

die militärische seite der folter ist, daß sie uns physisch vernichtet. das macht die brisanz der frage unser verhandlungsfähigkeit aus. wenn es prinzing nicht gelingt, zu verhindern, daß sie festgestellt wird, wäre einmal mehr erwiesen, wie an holger, katharina und siegfried erwiesen ist - daß es natürlich a u c h um unsere physische liquidation geht.

ihre propagandistische seite ist, uns verteidigungsunfähig zu machen, uns der glaubwürdigkeit zu berauben, indem wir unserer artikulationsfähigkeit beraubt werden.

wo das nicht geklappt hat, und es kann nicht klappen - weil es die wahrheit in den tatsachen ist, von der wir reden und das kann man natürlich auch noch halbtot, wenn man es will - muß die öffentliche rezeption manipuliert werden.

prinzing manipuliert sie, indem er uns andauernd unterbricht oder uns das wort abschneidet oder nicht zu wort kommen läßt - so daß die mechanische zerstückelung von dem, was wir sagen, den zusammenhang zerstört, seine rezeption unmöglich macht - das ist das eine - wo das nicht restlos gelingt, beginnt der job des imperialistischen journalismus, der uns die worte im mund verdreht, das gegenteil aus ihnen macht, was gesagt worden ist, sie so gegen uns instrumentalisiert, den klischees der psychologischen kriegsführung gegen uns einpaßt.

es ist in diesen drei monaten kein einziger satz von andreas, obwohl er hier an fast jedem verhandlungstag die lügen (die falschen tatsachenbehauptungen) von prinzing und der bundesanwaltschaft aufgelöst hat - in auch nur einer einzigen zeitung erschienen, ohne in sein gegenteil verkehrt worden zu sein, und zwar in das bestimmt dreckige gegenteil und das dann mit gehässigem kommentar, das die klischees der psychologischen kriegsführung der bundesanwaltschaft seit 5 jahren auf uns projiziert. und auf keinen so total, so kontinuierlich, so verbissenen wie auf andreas. das ist so, weil er mit illegalität gleichgesetzt ist und das, was durch sie - illegalität als der form des befreiten gebiets im klassenkrieg, das hier möglich ist - zum ausdruck gebracht ist: die radikale negation, ablehnung jeder anderen macht und norm, jedes anderen gesetzes, als der auf revolutionäre gewalt gestützten menschlichen macht, er das z. b. im haß von buback ist - weil er sich mit illegalität gleichsetzt. die reaktion, die bourgeoisie stößt in ihm dauernd auf die tatsache, daß "das legale land nicht das wirkliche land ist." (gramsci)

so wird bei hill im "vorwärts" aus dem satz von andreas "was die politischen gefangenen objektiv als objekte staatlicher repression vereinigt, ist die politische justiz" "was die gefangenen vereinigt, sind ihre tränen." hill erfindet tränen, um den inhalt von andreas' erklärung, den politischen begriff, zu denunzieren.

hill stellt sich damit direkt und bewußt auf die seite der folter, weil seine gehässigkeit als rechtfertigung für sie wirkt und er macht das, nachdem vogel, der justizminister, hill wegen seiner bisherigen prozeßberichterstattung, in der er aber auch nur mal festgestellt hat, daß das gericht sich gegenüber den anträgen der verteidigung systematisch taub stellt - eins reingewürgt hat, in derselben nummer des vorwärts.

weiter: andreas hatte gesagt, daß wir von mindestens 20 gefangenen aus der raf wissen, daß ihre gesundheit durch die isolation so zerstört ist, daß sie sich nicht mehr erholen werden. in der frankfurter rundschau lesen wir dann, - als zitat -, "daß sie nicht mehr davonkommen werden." das heißt, die einfache feststellung/mitteilung einer tatsache wird in eine brutale formulierung umgestanzt. die brutalität, die es ist, gefangene jahrelang zu isolieren, wird in der berichterstattung auf uns projiziert. die information, ihre message wird umgedreht. was gegen den staat spricht, wird gegen uns gedrückt und gedruckt.

in der frankfurter rundschau, von der spd als bestimmte fraktion des verfassungsschutzes in der berichterstattung gezielt eingesetzt, macht krumm aus genau dieser feststellung "das geschlossene system staatschutz, bundesanwaltschaft", "staatstragender presse" den idiotisierenden satz "die amseln sind permanent in der schlagzeile 'Baaders Amseln'!"

ebenso verfährt busche in der frankfurter allgemeinen zeitung, nachdem deutlich geworden war, daß prinzing einer differenzier-

ten argumentation nicht folgen kann, wohl aber als aktivbürger seismografisch/hysterisch auf jede spur von kritik reagiert; nachdem prinzing andreas 17mal unterbrochen hatte, daß der zweck der isolation aus der geschichte dieser drei jahre als vernichtungszweck deutlich wird - projiziert busche prinzings wüsten umgang mit dem rechtlichen gehör auf uns, indem er "wüste tonart" behauptet, prinzings pauschale wortentziehung auf uns, indem er "pauschale erklärungen" behauptet, unser insistieren auf unseren rechten wird grundsätzlich und immer als störung vermittelt, so daß einzelne journalisten, wenn sie aus dem konformismus der berichterstattung mal punktuell aussteigen wollen, sich erstmal dafür, daß sie mal die wahrheit sagen wollen, mit der bemerking entschuldigen, es sei eben in der berichterstattung das, was tatsächlich in dieser militärfestung abläuft, nirgendwo wiederzuerkennen.

noch ein beispiel:

wir hatten hier gesagt, daß gerhard müller militärtechnisches material als provokation in das infosystem, das wir zur verteidigungsvorbereitung legal hatten, gegeben hat; daß er der einzige politische gefangene war, der eine richterliche genehmigung für den bezug militärtechnischer publikationsmittel hatte; daß der staatsschutz müller seit sommer 74 in der hand hat; daß es sich also bei dem material, mit dem der staatsschutz jetzt die anwälte kriminalisiert, um staatsschutzmaterial, material, das der staatsschutz selbst produziert hat, handelt. von all dem bleibt in der rundschau nichts. die frankfurter rundschau macht daraus spaltungsgift gegen uns. ich (ulrike) hätte gesagt, müller sei der einzige gewesen, der sich für diesen "militärischen kram" interessiert hat, eine formulierung, die genau in die legende und das klischee paßt, die der staatsschutz auf uns projiziert. die trennung von revolutionärer politik und revolutionärer militanz sind - ist dazu zu sagen - ein unüberwindliches hindernis in dieser letzten phase des imperialismus.

ein letztes beispiel:

aus der tatsache, daß prinzing in unseren augen befangen ist, u. a., weil er in einer fernsehpropagandasendung gegen uns gesagt hat, dies sei kein politisches, es sei ein normales strafverfahren, womit er die dimension von repression abstreift, die dieses verfahren von jedem anderen abhebt - es ist ein projekt der internationalen counterinsurgency - macht ein kommentar (süddeutscher rundfunk), wir machten prinzing den vorwurf, er setze uns mit "gemeinen verbrechern" gleich. da setzt uns der journalist, ein hochnüssiger bourgeoispinkel, mit sich gleich, will die gefangenen, die von uns nur die isolation, die abriegelung wahrnehmen, gegen uns aufhetzen, einen keil zwischen sie und uns treiben.

wenn wir von politischen gefangenen sprechen, meinen wir damit nicht den begriff der bourgeoisie, die damit ihre klassenangehörigen in den gefängnissen von militärdiktaturen betreut.

wir meinen überhaupt nie dasselbe wie die bourgeoisie.

jeder gefangene arbeitler ist ein politischer gefangener, jeder gefangener imperialistischer politik, also des imperialistischen staates.

zweitens: jeder gefangene, egal aus welchem anlaß er kriminalisiert wurde, der die gewalt, der er unterworfen ist, politisch begreift, jeder, der widerstand leistet, der sich gegen den staatsterror im gefängnis organisiert und wehrt, jeder gefangene, der kämpft, ist einer von

die gemeinen/unmenschlichen verbrecher sitzen sowieso nicht im gefängnis - sie stehen ihnen vor; sie sitzen auf stühlen wie prinzing, wiedera, wunder und zeiss - gemeine, also besitzlose proletarische gefangene sind alle gefangenen, wenn man von den paar naziverbrechern absieht.

sich im gefängnis wehren, kämpfen, bedeutet äußerste verurteilung und trifft alle, die sich im gefängnis ihrer entmenschung aus gründen gesellschaftsanitärer staatsraison widersetzen. sie werden isoliert - der vollzug, die justiz, setzt alle mittel der repression gegen sie ein, in zwischen bis zum verteidigerausschluß und demnächst der überwachung des verteidigergesprächs, also der beseitigung des einzigen kontaktes, der in dem ohnehin geschlossenen gefängnisssystem noch möglich war.

er hat - wie wir gesagt haben - das privileg, gefoltert zu werden, in schalltoten trakts, in besonderen gefängnisflügeln untergebracht zu sein, das privileg, daß der staatsschutz seine ermordung plant.

die anerkennung als politischer gefangener im vollzug bedeutet, zum beispiel von abschreckungsvollzug gemacht zu werden. es gibt keinen gefangenen, der das für ein privileg hält.

die fälschung, der zweck, die absichtlichkeit sind eindeutig. der kitsch, die brutalität, die dummlichkeit, die der imperialistische journalismus produziert - produziert, um sie auf uns zu projizieren, um uns den dreck, den sie ausspucken, in den mund zu legen, hat methode. sie ist in der imperialistischen struktur, in der reife des widerstands produktivkräfte - produktionsverhältnisse selbst verankert, die den status quo nur noch reproduzieren kann, indem sie jede opposition, jedes kritische denken, jede erkenntnis von zusammenhang, die stofflichen in-

halte der repression verschweigen, seine transzendierung in der kritischen darstellung zerstören muß.

keine unserer richtigstellungen ist durchgekommen - nicht, daß wir nie, keiner von uns 25 oder 20 verteidiger hatten; was heißt, daß die beschränkung der zahl der verteidiger auf drei nie das problem war - nur propagandistische funktion hatte, um uns als privilegiert hinzustellen, um zu verschleiern, daß mit dem verbot der blockverteidigung und dem verteidigerausschlußgesetz es darum geht, die isolation zu verschärfen oder wie herold sagt: die zellen dicht zu machen - eine hafsituation zu schaffen, die nur formal den tatbestand der todesstrafe nicht erfüllt - stofflich ist sie nicht anders.

die medien klammern sich an die formalität - aber selbst ihre permanente verletzung durch prinzing findet kaum einen reflex in der berichterstattung, weil das ohne inhaltliche auseinandersetzung auch nicht geht -

die gefangenen - und dafür sorgt und keineswegs nach schmidt/maihofer/vogel und buback prinzing keineswegs zuletzt, - kommen in der berichterstattung nicht vor weil das nicht geht, ohne inhaltliche auseinandersetzung mit dem, was wir sagen. das - kann sich dieser staat aber schon nicht mehr leisten: kritisches bewußtsein aus dem entschluß, sich zu bewaffnen, zu kämpfen.

das ist der grund, weshalb prinzing uns manchmal reden läßt - er weiß inzwischen, daß nichts von dem, was wir sagen, aus dem gerichtssaal rausdringt.

"offensive information", also die offensive lüge wird so auch notwendig administrativ produziert. wie buback im februar sagte - es käme darauf an, wie, wann und welche informationen weitergegeben werden.

der staatsschutz, seine operationen sind der öffentlichen kontrolle entzogen - er kontrolliert die öffentlichkeit, indem er kontrolliert, was veröffentlicht wird.

die vorbereiteten verteidiger sind ausgeschlossen und kriminalisiert worden, weil sie dieses system durch internationale öffentlichkeit durchbrochen haben.

die öffentlichkeit des verfahrens ist eine farce. über die inhalte, die öffentlich werden, wird auf pressekonferenzen und insgeheimen absprachen zwischen regierung und presserat, bundesanwaltschaft, presserat und chefredakteuren entschieden und sie sind reduziert auf das, was die bundesanwaltschaft die clique auf ihren pressekonferenzen lanciert - auf den markt schafft.

wie schmidt ganz nackt in der bundestagsdebatte am 13. märz sagte: "ich bin mir mit dem deutschen presserat darüber einig, daß die berichterstattung über gewaltverbrechen nicht dramatisiert werden darf, nicht zur überdramatisierung führen darf."

und buback nackt in der sendung kennzeichnen d am 6.5.: "wir können nur erfolgreich sein, wenn journalisten sich darauf beschränken, mit teile sein zu wollen zwischen polizei, staatsanwaltschaft und bevölkerung ... presserat und chefredakteure sollen dahingehend wirken, daß presse und staatsanwaltschaft näher zusammenrücken." da spricht mit der stimme von buback das geschlossene system wirklich für sich.

so haben buback und herold zu prozeßbeginn schmidt dazu gebracht, den endgültigen ausschluß der verteidiger aus dem verfahren zu fordern, um prinzing im vorgriff ihrer unterstützung, der unterstützung der ganzen repressionsmaschine zu versichern, falls er zögern sollte nach der zweckmäßigkeit die der staatsschutz bestimmt, das verteidigerausschlußgesetz zu extrapolieren.

so führt schmidt gespräche mit dem presserat, greift vogel unmittelbar im vorwärts ein, um auch nur die andeutungen von kritik - weil die gefangenen in ihr vorkamen, weil sie eine andeutung von inhaltlichkeit war, abzublocken, um sein kriminalistisches geschichtsverständnis durchzusetzen.

nur ausländer, die von der counterpropaganda der bundesanwaltschaft nicht erreicht werden - vogel "nicht mit den details vertraut sind" - könnten die rechtmäßigkeit des verfahrens, der vernichtungsstrategie, die hier verfährt, bezweifeln.

die auslandspresse ist das loch in dem geschlossenen system. und da ist der vorwärts natürlich wichtig als parteipresse der spd in ihrem projekt, die sozialdemokratie international für die counterstrategien des us-imperialismus zu organisieren.

der punkt ist, daß die strategie der verrechtlichung, besser: verstaatlichung der gesellschaft die aktive unterdrückung jeder inhaltlichen argumentation in den medien braucht, weil sonst über den inhalt des verfahrens das projekt der counterstrategie vermittelt würde: krieg.

der grund, weshalb prinzing es nicht bringt, endlich zuzugeben, daß er befangen ist und es auch nicht muß, ist, daß er sich voll mit dem projekt der bundesanwaltschaft identifiziert, der rolle, die ihm in diesem verfahren zugedacht ist.

die vernichtungsstrategie der bundesanwaltschaft zu verschleiern und zwar in permanenter abstimmung zwischen dem, was hier läuft und der öffentlichen rezeption.

das sind die klippen, durch die er das verfahren la-
vieren soll: seine exemplarische verwertbarkeit/vorbildhaftigkeit für alle
verfahren gegen die gefangenen aus der raf - d. h. die vernichtungsstra-
tegie der bundesanwaltschaft hier prozessual abzusichern -
sie gleichzeitig zu verschleiern -
die öffentliche rezeption zu steuern -
zu einer verurteilung zu kommen, die den lebenslänglichurteilen, die die
bundesanwaltschaft und die regierung längst gefällt haben, einen schein
von legitimität gibt - dabei weiß er die regierung, den 1. senat des ober-
landesgerichts stuttgart, den dritten des bundesgerichtshofs, die bundes-
anwaltschaft, das bundeskriminalamt hinter sich und die medien.

als die frage unserer verhandlungsunfähigkeit hier an-
fing, nicht mehr unterdrückt werden zu können, schob springers "welt"
dem gericht bzw. der bundesanwaltschaft zum soundsovielten mal verfälsch-
te texte aus den ermittlungsakten hin aus der maihoferdokumentation, um
zum soundsovielten mal folter-beschlüsse dieses gerichts, seine beschlüsse
zu den haftbedingungen zur fortsetzung der vernichtungshaft, abzusichern.

als die tatsache, daß prinzing nicht der gesetzliche
richter ist, daß er auf den stuhl da vorne lanciert worden ist, nicht auf-
hörte, virulent zu werden, sprang bender ihm mit einer pressekonferenz
bei, um die kritik abzublocken.

als die dienstlichen äußerungen, die senatsbe-
schlüsse, mit denen prinzings unbefangenheit erfunden wird, immer
dürftiger wurden, die leere und stereotypie der argumentation und
darin die voreingenommenheit aller instanzen um dieses verfahren, gab
busek vom süddeutschen rundfunk wunder das stichwort, mit dem wunder
hier sagen konnte (weil er selbst außer folter, mord und vernichtung nichts
hier zu sagen hat) "ein journalist habe" ... usw., womit er sich nur auf
die von der bundesanwaltschaft konditionierte öffentlichkeit, die in 5 jah-
ren kampagne, fälschmeldungen, hetze, polizeiaktionen aktiv beteiligten
medien berief, die natürlich die klischees, die sie geschaffen haben, nicht
dementieren.

und schließlich, wer den medien-säuberungen 70/71
nicht zum opfer gefallen ist, durch sie noch nicht abgeschreckt/diszipli-
niert - wird gekündigt.

wie richtet, der in einem leitartikel der stuttgarter
zeitung das verteidigerausschlußgesetz auf den begriff "der verdacht als
solcher" gebracht hatte, mit welchem begriff er immerhin die verrechtli-
chung der willkür in diesem gesetz, seine nach opportunität beliebige
instrumentalisierbarkeit für den krieg, den die bundesanwaltschaft führt,
herausgefunden hatte.

die klischees der psychologischen kriegsführung
operieren mit den standards, die die konsumentenwerbung geschaffen
hat - nach dem prinzip der vollständigen entindividualisierung, ent-
persönlichung, der negation der geschichte jedes einzelnen, wie sie die
werbepsychologie entwickelt hat.

der monopolistischen produktion - wenige produkte
in verschiedener bizarrer verpackung - der spirale des konsums entspricht
die brutalität der klischees, deren rezeption selbst brutalisiert.

die erzeugnisse durchdringen und manipulieren die
menschen, sie befördern ein falsches bewußtsein, das gegen seine falsch-
heit immun ist.

wenn kuby schrieb "vier gegen uns alle" dann ist
darin bereits die ganze counterpropaganda, ihre systematik in allen de-
tails enthalten, die vollständige negation kritischen bewußtseins: kriti-
sches bewußtsein ist darin personalisiert, so kriminalisiert und ausgebürg-
ert.

kuby kann den widerspruch nicht lösen, wie es mög-
lich sein soll, daß menschen, wie er sie beschreibt, und es ist nochmal
zu sagen: es stimmt buchstäblich nichts an seiner story, kein datum, an
dem absurd, den er da aufgemixt hat, stimmt nur eins: kubys dreckige phan-
tasie und kubys fähigkeit, gerüchte zu produzieren, deren gestank dann
allerdings auch zur tatsache wird, daß eine gruppe, wie er sie beschreibt,
in drei jahren folter, isolation, e-schocks in form von geräuschisolation
mordversuchen nicht zerbricht.

es kommt da einfach nur die jämmerlichkeit eines in-
tellektuellen durch, der riecht, daß er es ist, den die revolution bedroht -
die verfassung vollständiger identitätslosigkeit, der angst vor den besitz-
losen und entrechteten, vor der abschaffung der ausbeutung, von der er
lebt.

seine regression, sein metropolenchauvinistischer
autismus. denn was diese ratte meint, ist - "vier gegen einen" und was
er will, ist natürlich das program.

personalisierung ist das operative mittel der psycho-
logischen kriegsführung. der soziale tatbestand, von dem die revolution

ausgeht, der antagonismus, der unmöglichkeit von menschlichem leben im
imperialismus, es sei denn im kampf gegen ihn - verlegt die psychologische
kriegsführung in die psychologie und die zufälligkeiten der biografie des
einzelnen, des teils seiner biografie, die ihm nicht gehört: schule, fami-
lie, gestützt auf die rationalisierungen derjenigen, die als organe der
ideologischen staatsapparate sich zu rechtfertigen haben, weil sie es nicht
geschafft haben, denjenigen, der jetzt kämpft, als er noch ihr besitz war,
zu zerstören.

sie behauptet - das ist die projektion - die zerstörung.
sie ist der ununterbrochene versuch, sich desjenigen, der weiß, daß er
seine persönlichkeit nur im kollektiven kampf gegen den apparat, nur in-
dem er den apparat zerstört, durchsetzen kann - zu bemächtigen. ihre
lügen zielen darauf ab, die ohnmacht des apparats, die der guerilla
verkörpert, als macht des apparats zu behaupten. sie ist ausdruck des
zerfalls der bürgerlichen ideologie im imperialismus.

es sind kaum albernheiten der psychologischen
kriegsführung wie "die im erotischen wurzelnde attraktivität" - denn
auch das private verändert sich in der illegalität radikal. wo es als "das
zelt", der prozeß der intimität der kämpfenden gruppe entsteht, wird es
in der situation äußersten zwangs - der verfolgung durch den gesamten
staatlichen gewaltapparat - f e i und damit ist es dem zugriff der waren-
kategorien über die die rezeption der staatstragenden presse allein ver-
fügt, entzogen.

daß aber diese struktur - als eine kollektive - be-
freiend ist, revolutionäre identität ist - das beweist sich darin, daß es
dem staatsschutz trotz folter, isolation, trotz aller dreckigen manöver,
der staatsschutzpsychologie und -psychiatrie nicht gelungen ist, die
gruppe zu zerbrechen.

wie subjektivität sich nur behaupten und entwickeln
kann gegen die gesellschaftlichen institutionen, gegen die ideolo-
gischen staatsapparate (familie, schule, kirche, universität, für die sub-
jekte nur für ihre unterwerfung existieren) muß sie p o l i t i k, re-
volutionäre subjektivität, politischer wille gegen den apparat, den impera-
listischen staat werden - ihre bestimmung in und aus dem widerspruch (und
der widersprüchlichkeit) der klassengesellschaft begreifen -
zu existenz, willkür und politik und subalternen klasse als antagonistischer
zu angriff, bewaffneter aktion und organisation werden.

das ist die sache. geschichte, auf deren zerstörung
counterinsurgency, die staatliche reaktion, in einem wort: die kon-
terrevolution aus sein muß.

die bundesanwaltschaft geht - wie wir gesagt haben -
vom standpunkt der macht richtig aus, daß tatsachen keine sind, wenn
sie nicht öffentlich werden. prinzing geht vom standpunkt der bundesan-
waltschaft richtig davon aus, daß es nicht auf die tatsachen, wie sie sind,
ankommt, sondern auf die bereitchaft der medien, sie einzunehmen.
wie die frankfurter allgemeine zeitung schrieb "recht muß auch wie recht
aussehen", d. h. sich darüber beklagte, - über sonst nichts - daß es all-
mählich schwierig geworden sei, die lügen, die hier entwickelt werden, zu
vermitteln.

es wäre an prinzing, gegen die masse der tatsachen,
die seine befangenheit beweisen, mal drei - nur drei - zu nennen, die
seine von ihm stereotyp behauptete unbefangenheit belegen.

++ ZUR LAGE IN PORTUGAL ++

LISSABON (ID) DAS URTEIL DES VOLKSTRIBUNALS 4. august

zum ersten mal in der geschichte portugals - seit das
volk sie am 25. april in die eigenen hände nahm - trat am 25. juli in tomar
(mittelportugal) ein demokratisch gewähltes volksgericht zusammen. verhan-
delt wurde die sache des landarbeiters josé diogo, der vom gleichzeitig ta-
genden bürgerlichen gericht gegen eine kaution von umgerechnet 5.000 mark
freigelassen wurde (id nr. 91).

josé hatte im sommer des vergangenen jahres in seinem
heimatort castro verde im südlichen alentejo den großgrundbesitzer columba-
no im affekt erstochen. josé saß zehn monate in untersuchungshaft. der re-
pública entnehmen wir die urteilsschrift des volksgerichts:

"das volkstribunal war vom anwesenden volk demokratisch
gewählt und im (bürgerlichen, d.ubers.) gericht von tomar gebildet worden.
es versammelte sich im hof desselben, um recht zu sprechen über den land-
arbeiter josé diogo.

das volkstribunal fragte die anwesenden, ob jemand die
verteidigung des großgrundbesitzers columbano übernehmen wolle; weil sich

niemand meldete, wurde die anklageschrift verlesen und zwei zeugen traten auf: arbeiter aus der region castro verde, die die unterdrückung und ausbeutung durch columbano schilderten, deren opfer sie gewesen waren. noch einmal fragte die jury des tribunals, ob jemand etwas zugunsten columbanos zu sagen habe.

niemand trat auf. die jury versammelte sich zur beratung. sie war zusammengesetzt aus arbeitern, bauern und angestellten, die auf einer liste standen. diese jury stellte fest, daß es unter den außergewöhnlichen umständen - der verhandlungsort tomar ist etwa 300 km vom heimatort josé's entfernt - völlig gerechtfertigt und richtig sei, dieses volkstribunal einzuberufen.

die jury erklärte allgemein, daß volkstribunale aus volksversammlungen heraus gebildet werden müßten, an denen das ganze volk teilnehmen könne.

daraufhin wurde der großgrundbesitzer columbano der unterdrückung und ausbeutung des volkes von castro verde überführt und man erklärte ihn - posthum - zum feind des volkes im alentejo. man erklärte weiterhin, daß josé diogo kein verbrechen verübt habe, obwohl das urteil klar sei, daß die tat von josé diogo eine individuelle tat gewesen sei; diese tat wiederum sei durch die umstände erklärt, die das tribunal gelesen und gehört habe. (josé war von columbano gekündigt worden, nachdem er gewerkschaftliche forderungen wie achtstundentag gestellt hatte; beim versuch, durch ein persönliches gespräch mit columbano wieder zu arbeit zu kommen, war folgendes passiert: josé kam angesoffen hin, columbano haute ihm eine runter, weil er seine mütze auf dem kopf hatte, da stach josé im affekt zu).

schließlich beschloß das tribunal, dieses urteil an die versammlung der mfa zu schicken, die am gleichen tag stattfand."

dennoch ist josé diogo vor einer verurteilung durch das bürgerliche gericht anfang oktober keineswegs sicher. die vertagung war kündigt worden, weil josé als angeklagter nicht beim prozeß anwesend war. schuld daran war die gefängnisverwaltung von leiria. dazu sagten seine verteidiger:

"die verteidigung ist durch die entscheidung des volkstribunals ihrer pflicht entbunden. sie sieht ihre aufgabe deshalb als beendet an, weil sie dieselbe position einnimmt wie das volkstribunal. das volk ist hier, damit seine entscheidung ausgeführt wird, die verteidigung wird bis zuletzt darum kämpfen, daß dieser entscheidung gefolgt wird und daß josé nicht zum zweiten mal vor gericht erscheinen muß. wenn die mfa auf der seite des volkes ist, dann wird sie diese volksentscheidung anerkennen ..."

wenige tage nach der ersten verhandlung eines volkstribunals hat die "vereinigung der führerinnen politischen und antifaschistischen gefangenen - aeppa" ein dokument über die volksjustiz veröffentlicht:

"1. mit dem fortschritt des kampfes gegen den faschismus steht eine neue parole auf der tagesordnung: volksjustiz gegen die bürgerliche justiz! ... volkstribunale müssen von volksversammlungen des stadtteils des ortes, des kreises, der region und der nation beauftragt werden. insofern war das volkstribunal, das josé diogo freisprach, eine ausnahme, weil es angesichts des skandalösen unrechts gebildet wurde, daß die haft von josé, einem vom faschismus unterdrückten, zehn monate dauerte. daher muß, wie die jury erklärte, der freispruch noch von der volksversammlung in castro verde oder von einem organ, welches sie beauftragt, bestätigt werden ..."

2. ... alle, die den kampf gegen den faschismus bis zur letzten konsequenz führen wollen, wissen, auch aus den erfahrungen in griechenland, italien und deutschland, daß der bürgerliche staat letztendlich zerstört werden muß, von einem staat, der dem volk dient, in dem das volk die führung hat. zur zeit befinden wir uns in einer phase des übergangs, in einer phase des verschärften kampfes zwischen dem volk und seinen feinden - und erkennen darin situationen der doppel-macht; auf der einen seite die schwer angeschlagene macht der bourgeoisie, auf der anderen seite die entstehende volksmacht.

3. ... die entscheidungen der bürgerlichen justiz auf dem gebiet des arbeitsrechts, des eigentumsrechts, des wohnungsrechts, des familienrechts, des kriminalrechts (und anderer zweige) werden heute von den volksmassen mißachtet, indem sie fabriken, häuser und land besetzen, indem sie gegen räumungen widerstand leisten, indem sie nicht auf kostspielige scheidungsprozesse warten, indem sie abtreiben, wenn es notwendig ist. die bürgerlichen gerichte haben heute, wie schon immer, die legitimität, recht zu sprechen unter eigentümern, unter bürgern - aber nicht im volk. dieses recht erkennt das volk nicht mehr an ..."

4. ... die entscheidung des volkstribunals für josé diogo ist ein beweis, daß die revolution vorangeht."

(aus: república, 26. und 30. juli 1975)

LISSABON (ID) KONJUNKTURBERICHT AUS PORTUGAL
7. august

das kabinett für wirtschafts- und finanzstudien der "portugiesischen atlantik-bank" erklärt in der nummer 7 seines bulletins im mai 1975 zeige der index der wirtschaftsaktivität die höchste zahl von unternehmen mit gedämpfter aktivität (68 prozent), wobei sich

unter ihnen ein besonders tiefer normalstand ergibt (21 prozent). wählt man nur einige industrien aus - unter ihnen die für die nationale wirtschaft wichtigsten - so zeigt sich in den monaten januar und februar dieses jahres:

- produktion von spinnereien, webereien und verarbeitung von baumwolle, kunst- und synthetischen fasern, im wert von 2.567.000 contos - im gleichen zeitraum von 1974 bei 2.851.000 contos;
 - produktion von konfektionskleidung im wert von 714.000 contos - im vorjahr 726.000 contos;
 - papierproduktion im wert von 758.000 contos - im vorjahr 522.000 contos;
 - produktion von kork-artikeln im wert von 581.000 contos - im vorjahr 726.000 contos;
 - produktion von raffiniertem petroleum im bruttowert von 2.267.000 contos - im vorjahr 2.049.000 contos;
 - förderung und verarbeitung von eisen und stahl und produktion von weißblech im wert von 566.000 contos - im vorjahr 717.000 contos.
- trotz der preiserhöhungen bei den meisten produkten als konsequenz des kapitalistischen ziels, möglichst hohen profit zu machen, ist der wert der produktion in den ersten beiden monaten dieses jahres im vergleich zum vorjahr niedriger, mit ausnahme von papier und petroleum.

wohnungen: 40 prozent der unterkünfte ohne strom

die wohnbedingungen des größten teils des portugiesischen volkes entsprechen nicht den bedürfnissen der menschlichen natur: so heißt es in einer analyse über "einige aspekte der wohnbedingungen auf dem kontinent" (i. e. in portugal, d. übers.), die im statistischen monatsbulletin veröffentlicht wurde. läßt man die städte lissabon und porto außer acht, dann hatten 1970 von allen wohnungen 40 prozent keinen strom. im kreis von beja sind es 73 prozent, in viana do castelo 64 prozent, in faro 53 prozent, in évora 62 prozent und in vila real ebenso 62 prozent. dort ist die situation also wesentlich schlimmer als im durchschnitt des landes.

etwa 3 millionen leute haben kein klo (das sind etwa 40 prozent aller unterkünfte), und nur 53 prozent haben leitungswasser. nur 30 prozent aller häuser haben eingebautes bad. die analyse betrachtet vier grund-einrichtungen: strom, klo, bad und wasser, sie untersucht die kreise vila real, braganca, guarda, viseu, castelo branco (alle nördlich von lissabon) und beja (im süden). bei allen sind die mangel in den vier untersuchten aspekten höher als 75 - in relation zum wert 100. diese situation wird noch verschärft durch den mangel von etwa 550tausend neuen wohnungen für leute ohne wohnung. sie erfordert eine wesentliche erhöhung der öffentlichen investitionen, die teilnahme der bewohner, mit unterstützung und zusammenarbeit mit anderen gruppen wie studenten, soldaten etc.

um die möglichkeit privater investitionen aufrecht zu erhalten, müssen ihre grenzen festgelegt und die mittel der bevölkerung, direkt oder indirekt, gegeben werden, damit der preis der wohnung auf keinen fall im bestimmten verhältnis zu den gewinnen der beteiligten privatfirmen steigt.

preise, die der konsument bezahlt

die lohnangleichungen durch die erhöhung der niedrigen löhne riefen - zusammen mit kosten von einrichtungsgegenständen, von verwaltung und von grundstoffen - eine erhöhung der lebensmittelpreise hervor. der preisindex bei den lebensmitteln stieg vom mai 1974 bis mai 1975 in lissabon um 25 prozent. die lebensmittel außer haus (d. h. in kneipen etc.) sind im selben zeitraum um 40 prozent gestiegen. die preise von kleidung und schuhen sind leicht gestiegen, die mieten sind gleichgeblieben: in den ersten fünf monaten dieses jahres.

im vergleich zum mai 1974 sanken sie in lissabon. das unterrichtsgeld stieg im vergleich zum mai 1974 um etwa 25 prozent in lissabon, in den ersten monaten dieses jahres blieb es gleich. die stagnation bei den verschiedenen preisindices resultiert aus notmaßnahmen, die nicht der wirklichen situation entsprechen, in der produktion und handel von lebensmitteln sich befinden.

mário murteira
und die ökonomische krise

mário murteira, planungs- und koordinationsminister in der 4. provisorischen regierung und sozialminister in der ersten, veröffentlichte in der zeitung "a capital" ein dokument, in dem er eine analyse der ökonomischen situation machte, auf die wir uns beziehen. am beginn seiner tätigkeiten als minister gab er zu hoffnungen anlaß, mit konkreten lösungen der krise zu begegnen, die den revolutionären prozeß bedroht. die erhofften und versprochenen maßnahmen wurden jedoch nicht vor dem rücktritt der 4. regierung bekannt. zumindest besteht die erwartung, daß die meist mindestens um einen monat verschleppten maßnahmen - woran die politische krise in unserem land schuld ist - jetzt endlich in die tat umgesetzt werden.

murteira gibt folgende einschätzung der ökonomischen lage portugals, die bestimmt sei durch:

- a) ein sinken der produktion; man schätzt angesichts der bis mai beobachteten tendenzen bis zum jahresende ein sinken des nationalprodukts bei festen preisen um etwa 6 prozent;
- b) eine tendenz zu einem allgemeinen sinken der investitionen; mittels statistiken läßt sich nachweisen, daß nur ein sektor - nämlich nahrungsmittel und getränke - von dieser tendenz ausgeschlossen ist. alle anderen entsprechen ihr mehr oder minder.
- c) arbeitslosigkeit; man schätzt zur zeit eine quote von 8 prozent, was, falls sie sich hält, nicht sehr gravierend sein dürfte. beunruhigend dabei ist aber, daß diese quote künstlich niedrig gehalten wird. beim gegenwärtigen sinken der produktion und dem bemerkenswerten sinken der investitionen wäre die arbeitslosigkeit viel größer, wenn nicht ein bedeutender teil unserer wirtschaft mittels kredit künstlich aufrechterhalten würde.
- d) eine tendenz zur verschlechterung der zahlungsbilanz; der verbrauch der devisenreserven zeigt sich innerhalb weniger monate, es bleiben allerdings noch die sehr wesentlichen goldreserven, was einerseits eine bestimmte beruhigung vermittelt, andererseits aber bestimmte liquiditätsprobleme aufwirft, da die möglichkeit, das gold zu gebrauchen, nicht vergleichbar ist mit devisenreserven.

ernte-voraussage

getreide und hülsenfrüchte, die saat-kulturen von herbst und winter, stehen in einem günstigen licht. das nationale statistik-institut erklärt, man erwarte im moment beim winterweizen, hafter, gerste und saubohnen allgemeine überschüsse, die die vorjahreszahlen um 26, 24, 14 und 1 prozent überstiegen. das hänge allerdings auch von den mittleren temperaturen ab, die fast immer unter den normalwerten lägen. man erwarte, daß auf den besetzten ländereien, wo mais und trockenbohnen, korn und frühjahrs-weizen angebaut werden, die gleichen ergebnisse wie im vorjahr erzielt würden, was im vergleich zu den durchschnittsdaten der letzten 10 jahre ein sinken um 15, 21, 12 und 14 prozent bedeute. beim reis kalkuliert man eine verringerung von 6 prozent gegenüber dem vorjahr. die produktion von tomaten für die industrie ist nach ersten schätzungen um 3 prozent höher als im vorjahr. die weiden- und wiesen-kultur ist in ziemlich unentwickeltem zustand. die schäden durch den diesjährigen april-frost sind - vor allem beim wein - teilweise durch die mai-temperaturen überwunden. die kirschen-, pflaumen- und pfirsichernte wird magerer als im vorjahr.

laut fao (welternährungsorganisation) wird die welt-getreideproduktion in diesem jahr um 7 prozent höher als vor einem jahr, was vor allem durch die mehrproduktion in den usa und der sowjetunion bedingt ist: daher werden die preise von getreide um 30 prozent, von mais und gerste um 20 prozent niedriger sein.

landwirtschaft: arbeit und löhne

in den regionen der kleinen landbesitze mit vielerlei anbau, in denen die mechanisierung nicht verbreitet ist, wird es an saison-arbeitern fehlen. in anderen regionen, vor allem im alentejo, ist handarbeit verfügbar, sie ist durch das vorantreiben der nicht-landwirtschaftlichen arbeiten allerdings in diesen bereichen mehr nötig. der mittlere lohn für allgemeine arbeiten lag im april für frauen bei 102 escudos (ca. 10 mark), bei männern bei 154 escudos (ca. 15 mark am tag), demgegenüber im april 1974 für frauen bei 65,60 escudos und für männer bei 112,40.

außenhandel und nationale unabhängigkeit

der wert der exporte wurde zwischen januar und mai dieses jahres vom wert der importe um 21.304.475 contos übertroffen. die negative handelsbilanz beträgt 44 prozent gegenüber der ewg, 16 prozent aus der efta, 49 prozent aus ländern mit planwirtschaft (darunter 65 prozent aus der sowjetunion), 223 prozent aus afrika, 68 prozent aus amerika (68 prozent aus den usa), 88 prozent aus asien. nur der handel mit ozeanien hat mit 12 prozent einen positiv-saldo gegenüber den importen, die fast 137.000 contos betragen. portugal hat in den ersten fünf monaten des jahres folgendes importiert: für etwa 6 millionen contos mineral-produkte, für 7 millionen maschinen und apparate, für 4.719.000 pflanzliche produkte, für 4.262.000 metalle; für 3.843.000 stoffe, für 3.533.000 transportmaterial, für 2.300.000 produkte der lebensmittelindustrie, getränke, essig und tabak, außerdem noch relativ unbedeutendere werte.

unter den exportierten artikeln sind hauptsächlich holz zur papierherstellung (964.000 contos), baumwolle zur kleiderfabrikation (ca. 4 millionen), tischwein (462.000), port-wein (525.000), olivenbaumharz (321.000), etc.

das gesetz 271/75 schaffte einen import-zuschlag bei bestimmten waren. der bis zum 31. dezember 1975 geltende zuschlag beträgt für etwa 700 artikel-gruppen, die etwa 40 prozent der portugiesischen importe ausmachen, 20 prozent. unter diesen 40 prozent sind keine industrieprodukte oder solche, die das gesetz als weniger überflüssig de-

klariert. ein zuschlag von 30 prozent gilt für etwa 150 artikel-gruppen, die wiederum 10 prozent der importe ausmachen. es sind konsumgüter, die als überflüssig oder durch nationale produkte ersetzbar eingestuft werden. in einigen herkunftsmärkten beginnt man bereits eine reaktion auf diese maßnahmen zu spüren.

die nationale unabhängigkeit hat im außenhandel eins ihrer größten hindernisse. portugal muß importieren und um zu importieren, muß es im ausland verkaufen, um notwendige devisen für die bezahlung der auslandsschulden zu bekommen. die rückzahlungsverpflichtungen hindern die regierung daran, maßnahmen zu ergreifen, die grundsätzliche konsequenzen hätten.

andererseits erlaubt uns die situation unserer wirtschaft und ihrer organisation nicht, uns von der ausländischen abhängigkeit zu befreien. nur die investitionen in den produktiven bereichen und die mobilisierung der bevölkerung zur anwendung aller möglichkeiten - in übereinstimmung mit den zielen des sozialismus - können uns aus dieser situation befreien.

+ 1 conto = 1000 escudos = ca. 100 mark

(aus: vida mundial, 31. juli 75)

LISSABON (ID) METROPOLE UND PROVINZ: BRUCH IM PROZESS 4. august

die "provinz" ist in lissabon zum tagesgespräch geworden. die provinz, das ist zum beispiel der ort rio maior, rund hundert kilometer nördlich der hauptstadt, wo am 14. juli die büros von PC und FSP gestürzt und in brand gesetzt worden waren.

daß die provinz, das land im gegensatz zur stadt, sich anders im revolutionären prozeß entwickelt, weil sie anders entwickelt ist, d.h. im gegensatz zur metropole unterentwickelt ist, das haben die anti-kommunistischen aktionen in der nordhälfte portugals, der "provinz" bewiesen.

ein offizier der MFA hat während der kulturellen dynamisierungskampagnen auf dem land eine erfahrung gemacht: "vom ausgang des prozesses außerhalb lissabons hängt in letzter konsequenz der erfolg der revolution ab."

die ereignisse der woche zwischen 14. und 20. juli haben dies militant und terroristisch unterstrichen: in rio maior, lourinha, cadaval, batalha, matosinhos, valenva, ilhavo und estarreja, alles orte, die ihren ideologischen und geografischen mittelpunkt etwa im christlich-antikommunistischen wallfahrtsort fatima haben.

bekannter indessen sind die demonstrationen des reaktionären katholizismus in aveiro und viseu (nochmal etwa 150 km weiter im norden), wo innerhalb weniger tage 10tausende mobilisiert wurden, um die kraft der konterrevolution zu zeigen. der optimismus der revolutionäre wurde in die realität geholt.

früher gab es regelrechte schlachten zwischen den land-leuten als fortsetzung der sonntäglichen fußballspiele. heute erleben wir schießereien, den einsatz von militär, drohung von lynchjustiz, zerbrochene autoscheiben. was verbirgt sich hinter diesem "vandalismus"? anzeichen der niedrigen stufe in der sozialen, politischen und kulturellen entwicklung, die im engen zusammenhang mit der produktionsweise steht - eine bestimmte arroganz der politisch bewußten genossen gegenüber einer spontanen empörung der relativ noch unaufgeklärten landbevölkerung - die rolle der dörflichen kaziken und ihr reaktionärer einfluß.

was in rio maior passierte, war signal für cadaval, lourinha und die anderen orte, wo ähnliches ablief: mehr oder weniger organisiert gab es bewaffnete konfrontationen und zerstörung von zeitungshäusern.

klare stellungnahmen und kritik gegenüber lokalen autoritäten, wie sie z.b. die PC in mehreren orten veröffentlichte, haben den nachweis gebracht, daß der einfluß dieser lokal oder auch regional dominierenden patrone in bestimmten gegenden stärker ist als eine oder mehrere linke organisationen. die folge war, daß dort parteibüros und arbeitszentren dieser organisationen von einer übermacht gestürzt und angezündet wurden.

eine einzelheit erklärt gerade den mangel an einfluß der PC: bald nach dem 25. april schickte die partei ihre funktionäre ins land, und oftmals waren sie nicht im ort ansässig gewesen, geschweige denn mit den besonderen charakteristiken eines landstrichs vertraut, ihnen fehlte jeglicher einblick in die sozialen und historischen beziehungen. resultat waren häufige spannungen und konflikte.

andere orte wie valenga, matosinhos, ilhavo, batalha etc., in denen ähnliche zusammenstöße stattfanden, sind von ihrem charakter her durchgangszonen, sie liegen zwischen dem meer und dem inneren des landes, in ihnen dominieren kleine landbesitzer, die zwar industriell produzieren, aber in so geringen ausmaßen, daß ihre abhängigkeit von großhändlern offensichtlich ist.

oder aveiro und viseu; dort hatte die mobilisierung der katholischen landbevölkerung ihren ansatz am fall "radio renascença", dem

der katholischen bischöfe. (die arbeiter hatten ihn besetzt und weichen sich, ihn zurückzugeben. inzwischen planen sie eine kooperative.) zwischen diesen ereignissen und der PS bestehen zweifelhafte beziehungen, wenn sie auch nicht direkt sind und unmittelbar einsehbar. Tatsache ist, daß der ausbruch dieser aktionen zeitlich mit den massenmobilisierungen der PS in porto und lissabon übereinstimmt.

ihren rücktritt aus der regierungskoalition verband die PS (am 12. juli) mit einem drohenden versprechen: von jetzt an werde sie dieses land aus seinen träumen wecken (man könnte auch lesen: reißen); zum beispiel mit einer unzahl von kundgebungen, welche logik steckt hinter dieser äußerung, die einmal als versprechen, zum anderen als feierliche ankündigung an eine in ihrer zahl und zusammensetzung zufällig mobilisierbare bevölkerung gerichtet ist?

an zwei aufeinanderfolgenden tagen hat die PS denn auch in den wichtigsten zentren des landes, in porto und lissabon, zwei massenkundgebungen veranstaltet, im charakter nicht sehr unterschiedlich, abgesehen von der zahl der teilnehmer, die in lissabon naturgemäß höher war: in porto mit militanten angriffen gegen die PC und die intersindical (dachverband der gewerkschaft, von der PC kontrolliert) - in lissabon mit ebenso militanten angriffen gegen die PC und die intersindical und - mit feinem unterschied im tonfall - einige wilde kritiken an der MFA.

die kundgebung in lissabon, auf der gesamten alameda d. afonso henriques (prachtstraße nördlich der city), mit 10tausenden, vielleicht hunderttausend oder mehr demonstranten (es ist unmöglich, die zahl genauer anzugeben; es scheint jedoch übertrieben zu sein, daß eine abendzeitung von 300tausend schrieb), die kundgebung in lissabon, wie gesagt, war die fortsetzung von porto, wo weniger als 24 stunden vorher die massen versammelt waren.

hier wie dort gab es für die PS zahllose hindernisse, das schwierigste war die heftige alarmkampagne, die die PC entfesselt hatte, die PC, und offensichtlich nicht nur sie, sondern auch andere linke organisationen, riefen die lokale bevölkerung beharrlich auf zu wachsamkeit... man kann sagen, daß die PS diese hindernisse überwand, und so läßt sich wohl auch die euphorie erklären, die nicht nur die massen, sondern auch ihre führer erfüllte.

hier nur einige punkte zur erinnerung, über die mario soares und manuel alegre sprachen, beide jeweils über die PC, die intersindical und die MFA.

die verantwortlichen der alarmkampagne der PC nannte soares in porto "paranoiker" (geistesgestörte, d. übers.). in lissabon sprach soares etwas länger, vielleicht mit mehr begeisterung wegen der riesigen

menge, die er führte. wieder sprach er von den "paranoikern" der PC (außerdem nannte er sie "unverantwortlich"), weil sie bereits vorbeugende propaganda gegen den "marsch auf lissabon" gemacht hätten. von der alameda afonso d. henriques (dem ort der massenkundgebung, d. übers.) aus wandte er sich an den präsidenten der republik und an den revolutionsrat (gerade in belém auf der anderen, westlichen seite der stadt versammelt). er forderte die absetzung von vasco gongalves vom posten des ministerpräsidenten unter dem vorwand, die PS betrachte ihn als nicht genügend parteiunabhängig, um eine regierung zu bilden, die er selbst führe. dies war am samstag-abend (19. juli). kurze zeit später, am morgen des folgenden tages, veröffentlichte die MFA ein kurzes und trockenes communiqué mit vier entscheidenden punkten:

1. die MFA erkenne keine "repräsentativität" irgendeiner parteiorganisation an, die äußerungen über die nominierung des regierungschefs zulasse; dies sei die ausschließliche kompetenz der MFA, zumal diese repräsentativität einer parteiorganisation (gemeint ist die PS, d. übers.) über den weg der wahlen nur für die mitarbeit an der ausarbeitung an der verfassung anzuwenden sei.

2. die MFA betrachte die von mario soares geäußerten zweifel an der "parteiunabhängigkeit" von vasco gongalves als "verleumderisch".

3. die MFA bestätige ihr vertrauen in vasco gongalves und in seine amtsführung.

4. die MFA vertraue vasco gongalves auch in seiner aufgabe, die 5. provisorische regierung zu bilden.

wenig später wurde ein neues communiqué der MFA veröffentlicht, das die PS hart kritisierte.

auf den distanzierten beobachter wirkt dies alles überstürzt und übertrieben. am folgenden tag (montag, 21. juli) verteidigte das sekretariat der PS soares. er selbst, gezwungen sich zu äußern, rechtfertigte sich weniger als daß er sich bestätigte. zieht man bilanz, so muß man erkennen, daß der generalsekretär der PS nicht nur seine meinung äußerte: er brachte auch strikt legalistische argumente vor (und zwischen legalismus und demagogie fehlt nicht viel), um in diesem zusammenhang alle register von demagogischer redeweise anzuwenden.

der text der MFA spricht vor allem die "revolutionäre legitimität" an, die ihr zustehe, weil sie den 25. april 1974 'gemacht' habe.

es könne daher keine berechtigung dafür geben, daß soares in seiner rede-weise und in seinen forderungen so "übertrieben" sei...

(aus vida mundial, 24. juli 75)

LISSABON (ID) KOOPERATIVE GEGEN DIE KRISE 4. august

die wirtschaftliche krise in portugal verschärft sich. das ist nicht nur angesichts vom boykott des in- und ausländischen kapitals klar. das ist auch ausdruck einer übergangsphase, die - vor dem neuaufbau - vor allem durch die zerstörung alter strukturen geprägt ist. und in diesem dialektischen prozeß der widersprüche und ungleichzeitigkeiten entstehen neue modelle, weisen klassenbewußte arbeiter, die auf der höhe der entwicklung sind, den weg, wie die krise zu überwinden sei. ein beispiel ist die kooperative der möbelfabrik nefil in gondomar bei porto:

mit etwa 150tausend mark staatlicher kreditgelder floh am 30. juni dieses jahres der besitzer einer kette von möbelfabriken und -geschäften ins ausland. er besaß fabriken in porto, lissabon und portimão. die arbeiter des stammhauses (nefil in gondomar) haben sich organisiert, eine arbeiterkommission gebildet und die produktion fortgeführt. sie sind dabei, das unternehmen in eine kooperative umzuwandeln. unmittelbare schwierigkeiten gibt es mit den lieferanten. das zentrale problem aber liegt in der übergangsphase der portugiesischen wirtschaft, vom noch vorherrschenden kapitalismus zum sozialismus. konkret zeigt sich das z.b. im zahlungsverkehr mit den banken.

und genau in diesem zusammenhang verstehen die arbeiter die kooperative als provisorische lösung, um ihre arbeitsplätze zu sichern und den bedürfnissen des volkes entsprechend zu produzieren.

"die kooperative - sagt ein arbeiter - ist eine alternative zur gemischten verwaltung oder zur verstaatlichung. wenn wir das für und wider abwägen, finden wir in der kooperative die beste möglichkeit, den geschäftsverkehr mit den banken zu regeln und einen ansturm der gläubiger zu vermeiden. denn angesichts des passiv-saldos in unserer kasse müssen wir mit den banken verhandeln können ohne die sorge, daß wir die kredite sofort zurückzahlen müssen. außerdem: nicht wir arbeiter sind im moment die schuldner, sondern der geflohene patron."

auf ihrer vollversammlung haben die arbeiter noch einmal festgelegt, daß ihre kooperative eine übergangslösung ist. sie treten daher auch nicht der "konföderation der kooperativen" bei. es gehe eben darum, in jedem moment die praktischste und vernünftigste lösung zu finden, die das klasseninteresse verlange. innerhalb einer kapitalistischen gesellschaft könne eine kooperative als widerstandsherd gegen das privateigentum existieren. "die kooperative kann keine revolutionäre lösung sein, weil die arbeiter immer noch vom geld abhängig sind; d.h. sie sind nicht frei."

daß der kapitalismus in portugal noch herrscht, beweist die spaltung innerhalb des möbelkonzerns. die arbeiter der betriebe in lissabon und portimão (algarve), die nicht dem produktions-, sondern dem verkaufssektor angehören, machen nicht mit. da das unternehmen im ganzen land verkaufsfilialen besitzt (in porto allein fünf), ist die zersplitterung klar. unmittelbar nach der flucht des patrons wurde die arbeiter in den geschäften von lissabon und portimão zusammengerufen. das gesamte unternehmen sollte in den norden (nach porto, d. übers.) verlegt werden, und genau das hätte vor allem die arbeiter in den möbelfabriken betroffen, die ihre produkte inzwischen direkt oder indirekt kontrollieren.

nach ihrem plenum schickten die verkaufsarbeiter von lissabon und portimão ihre antwort an die fabrikarbeiter von gondomar: sie lehnten den vorschlag ab, daß die fabrikarbeiter auch die kontrolle über die geschäfte (die ja ihre produkte verkaufen, d. übers.) übernahmen. "die 22 arbeiter und angestellten der geschäftsfilialen in lissabon und portimão meinen - sagt einer der fabrikarbeiter aus gondomar - sie seien nur unsere kunden, ansonsten seien sie unabhängig. sie seien allein für den verkauf unserer produkte zuständig, wir müssen ihnen klarmachen, daß diese position falsch ist."

inzwischen haben die geschäftsarbeiter in lissabon und portimão den kontakt völlig abgebrochen, sie telefonieren nicht mehr, schreiben nicht mehr. die in porto allerdings verhalten sich solidarisch mit den fabrikarbeitern. sie waren es auch, die die flucht des patrons ihren kollegen bekannt gemacht hatten. für sie ist klar: die arbeiter der fabrik- und des handels-sektors müssen zusammenarbeiten. "das verhalten der kollegen in lissabon und portimão ist unglaublich und reaktionär", sagen sie.

warum ist der patron eigentlich geflohen? welche gründe haben ihn dazu veranlaßt? mitglieder der arbeiterkommission erklären die flucht so: "hauptgrund ist wohl die tatsache, daß wir direkt auf die arbeiterkontrolle zusteueren." und sie erinnern sich an einen streik gegen die entlassung eines kollegen, über den der patron gesagt hatte: "das ist schädliches unkraut, das muß raus". dieser streik hatte viel zur entwicklung ihres politischen bewußtseins beigetragen.

ein anderer grund ist nach meinung der arbeiterkommission die verstaatlichung der banken und die abkehr der arbeiter von der kapitalistischen gesellschaft. die bestand darin, sagen die arbeiter, "daß wir den

sozialdemokratischen vorschlag des patrons abgelehnt haben, der uns mit 50 prozent an den aktien beteiligen wollte. dieser vorschlag war zum schreien: 250 arbeiter sollten ebensoviel haben wie sechs manager".

wie soll nun die produktion weitergehen? was passiert mit den luxusmöbeln? "wir planen schon kurzfristig eine umstellung der produktion auf möbel für die unterprivilegierten klassen. in einer fabrik wie der unseren ist es allerdings ziemlich schwierig, schnell von einem modell auf ein anderes umzusteigen. das geht nur schrittweise. wir haben bereits billigere alternativen entwickelt.

auf jeden fall ist jetzt die richtschnur unserer produktion, was das volk braucht. dafür muß außerdem eine untersuchung auf nationaler ebene gemacht werden. es muß stellen geben, die den fabriken sagen, welche bedürfnisse das volk hat, natürlich müssen wir die preise senken. bisher sind wir schon um 10 prozent heruntergegangen.

das haben wir vor einer woche inganggesetzt, parallel dazu machen wir eine wirtschaftliche untersuchung, um zu wissen, wann wir die preise senken können. denn es geht auch darum, unser aller überleben zu sichern". (aus: república, 26. juli 75)

LISSABON (ID) CDS UND UNITA: DIE REAKTION IN PORTUGAL UND ANGOLA 4. august

ein sonderbotschafter der kleinsten angolanischen befreiungsbewegung, der UNITA (union für die völlige unabhängigkeit angolas) traf sich am 3. juli in lissabon mit diogo freitas do amaral, einem der zwei oder drei wichtigsten führer des CDS (sozialdemokratisches zentrum, an den bisherigen putschversuchen beteiligt, d. übers.). das treffen fand statt in der zentrale des CDS; bekannt geworden ist über den inhalt nichts.

dennoch gehört in diesen zusammenhang die tatsache, daß das CDS vor etwa 3 wochen in einer öffentlichen stellungnahme zu den ereignissen in angola eindeutig für die UNITA partei ergriff: "immer wieder hat jonas savimbi (chef der UNITA, d. übers.) mit den mitgliedern seiner befreiungsbewegung nicht nur zum frieden aufgerufen, sondern ihn auch praktiziert". die MPLA (volksbefreiungsbewegung für angola, links, d. übers.) habe dagegen "den frieden in angola verletzt", indem sie "eine verbrecherische offensive im dienst des imperialismus, dessen interessen sie dient", entfesselt (gemeint ist die sowjetunion, d. übers.). die MPLA, führt das CDS-kommuniqué fort, sei nicht im volk verankert, fürchte daher den "demokratischen weg zur macht über wahlen" und gehe "in ihrer verzweigung grausam und blutrünstig" vor.

es überrascht nicht, daß das CDS die angolanische frage in dieser weise sieht, ist es doch eine politische organisation, die mit allen mitteln ihrem faschismus, den sie als letzten ausweg aus der krise des kapitalismus sieht, ein liberales image zu verpassen sucht. daher ist ihre sympathie zur UNITA zu erklären, die wiederum "gute beziehungen" zu den führenden leuten in portugal hat...

bemerkenswert an diesem communiqué ist allerdings, daß jeder bezug auf die zweite wichtige befreiungsbewegung, die FNLA (nationale befreiungsfront angolas, von den USA und china über den mittelsmann mobutu, staatschef im benachbarten zaire, unterstützt, d. übers.) unterbleibt. eine mögliche hypothese, dies zu erklären: vielleicht stehen UNITA und FNLA auf demselben politischen standpunkt, spricht der eine für den anderen?

jedenfalls ist in der letzten zeit der eindruck entstanden, daß die FNLA nicht mehr die entscheidende figur der USA auf dem schachbrett angola ist. falls diese funktion jetzt die UNITA hat, dann versteht man auch, daß sie die vorherrschenden politischen linien auf zwei reduziert hat...

entsprechend scheint das CDS seine interessen auf dem portugiesischen schachbrett auszurichten. das würde bedeuten, daß die jüngsten erklärungen des CDS weniger durch die ereignisse in angola als in portugal motiviert wurden. mit einer derart offenen verurteilung der MPLA wäre dann eine indirekte verurteilung der MFA gemeint, zumal eine bestimmte identifikation von MPLA und MFA existiert...

(aus: vida mundial, 24. juli 75)

LISSABON (ID) DIE BRD, IHRE MEDIEN UND PORTUGAL 3. august

der westdeutsche rundfunk (WDR) in köln hat eine reportage über den kampf der "república"-arbeiter abgelehnt. die zensur als bestandteil bürgerlicher pressefreiheit schlug zu. —

über freundschaftliche beziehungen zwischen konservativ-christlichen und neofaschistischen parteien in europa gibt es ein neues beispiel. der CSU-bundestagsabgeordnete dr. jürgen wamke, gleichzeitig wichtiger mann im bundesverband der keramik-industrie, baut im auftrag seiner partei kontakte zu portugals neofaschisten auf. auftraggeber ist der chef seiner partei, franz-josef strauß (ein "mann von trauriger berühmtheit", schreibt die república). kontaktmann ist adelino amaro da costa, wichtiges

mitglied des CDS (sozialdemokratisches zentrum).

wamke war auch vertreter von strauß auf der konferenz der europaunion der christdemokratischen parteien, auf der über sanktionen gegenüber portugal gesprochen wurde.

LISSABON (ID) OTELO'S WORTE AN KONTERREVOLUTIONÄRE 6. august

die verfälschungen der bürgerlichen medien in sachen portugal greifen um sich. jüngstes beispiel: die äusserungen von general otelo saraiva de carvalho nach seiner rückkehr aus kuba. der id bringt die passage über die konterrevolutionäre:

"ich möchte nicht irgendwelche drohungen ausstoßen. aber ich möchte erklären, daß die mfa bereit ist, wenn es notwendig ist, einen sehr harten weg der repression einzuschlagen, den wir bisher vermieden haben. als ich hier vor einiger zeit im zusammenhang mit "radio renascença" einige worte sagte, und als ich dabei sehr naiv meinte, daß wir die konterrevolutionäre hoffentlich nie in den "campo pequeno" ("kleines feld": die hauptstierkampfarena von lissabon, d. übers.) stecken mußten — da erhielt ich bald eine masse von briefen, die meine haltung ablehnten. aber ich hatte gesagt: "hoffentlich müssen wir das nie tun." jetzt bin ich überzeugt, daß ich auf kurze frist sagen werden, daß wir es tun müssen, aber noch nicht in diesem moment, denn die sache scheint erst in diesem sinn daraufhinauszulaufen.

ich bin der meinung, daß es sich allmählich als unmöglich herausstellen wird, eine sozialistische revolution in ihrer gesamtheit auf friedlichem weg zu machen." (aus: república, 30. juli 1975)

AUSLAND

BELFAST (ID) MORD AN EINER SÜDIRISCHEN MUSIKERGRUPPE 3. august

eine gruppe südirischer folkmusiker, die in der stadt bandbridge ein konzert gab, wurde auf dem rückweg in die republik auf der straße angehalten, aufgefordert aus dem wagen zu steigen und anschließend ermordet. lediglich zwei schwerverletzte mitglieder der band überlebten. zwei der mitglieder der verantwortlichen loyalistischen UVF (ulster volunteer force) starben bei dem anschlag, als mitgeführte bomben zu früh explodierten.

ERKLÄRUNG DER IRSP

wie die irish times vom 30.7.75 berichtet, hat der vorsitzende der offiziellen sinn fein/IRA in derry eine rede gehalten, die in dem satz gipfelte: "mitglieder der IRSP (irisch-republikanische sozialistische Partei) versuchen, militante der provisorischen IRA zum bruch des waffenstillstandes zu zwingen. sie wollen auf diese weise den sektiererischen krieg gegen die protestanten erneut aufnehmen. wir hingegen plädieren jetzt erst recht für eine breite bürgerrechtskampagne, die auch kein taktisches vorspiel für eine folgende bewaffnete auseinandersetzung sein soll."

die IRSP erklärt hierzu, daß die officials mit einer solchen erklärung genau das erreichen wollen, was sie vorgeblich kritisieren: die fortsetzung der spaltung und auseinandersetzung zwischen den irischen befreiungsorganisationen. die IRSP hat am deutlichsten dazu aufgerufen, eine breite front der antiimperialistischen organisationen zu bilden, die von den officials verweigert wird. wir haben niemals versucht, mitglieder der provisorischen IRA durch zwang und überredung von ihrer organisation zu spalten, wir haben nicht und werden nicht dazu aufrufen, schlechthin bewaffnet gegen protestanten zu kämpfen. wir denken allerdings auch nicht daran, wie es die reformistischen officials tun, reputierlich mit mörderbanden wie UDA und UVF auf protestantischer seite zu verhandeln, wodurch diese organisationen geradezu legitimiert werden, sprecher der protestantischen arbeiterklasse zu sein.

nur durch verleumdung und demobilisierung der kämpferischen front von IRSP, provos und peoples democracy sowie anderen revolutionären plänen des imperialismus in irland erfolgreich in die hände zu arbeiten. dies ist nicht unsere aufgabe.

gez. mick plunkett, sekretär

LONDON WIE ALTERNATIVE PROJEKTE ZU GELD KOMMEN 2. august

clap ist die abkürzung für "community levy for alternative projects" und versteht sich als freiwillige steuer zur finanzierung alternativer projekte. das prinzip ist denkbar einfach: in einer zweimonatlich erscheinenden clap-broschüre (clap-handbook) werden selbstdarstellungen

gen der versch. jenen ansätze von selbstorganisierten alternativen abgedruckt, denen es an geld oder material mangelt. diese brochüre wird in rund 7.000 facher auflage als beilage in zeitungsen oder abonnementen verbreitet und wer immer genug geld und sympathie für den aufbau einer gegengesellschaft hat, schickt seine clapsteuer direkt an das von ihm favorisierte projekt. die clapleute registrieren lediglich die beiträge, vergeben selbst aber kein geld. mit dieser methode kommen alle zwei monate bis zu 2.000 pfund (11.000 mark) zusammen.

die projekte:

im neuen clap-handbuch für juli/august sind 34 projekte vorgestellt. davon machen: elf gruppen stadtteilzeitungen, druckerei oder ähnliches, sechs sind allgemeine beratungs- oder hilfszentren (knasthilfe, rechtsberatung), vier beschäftigen sich mit neuen formen der ausbildung, vier frauenzentren/frauenworkshops, drei kinderläden, drei stadtteilzentren, zwei initiativen für alternative medizin/psychiatrie und eine gruppe, die pferd und wagen sucht, um ein netz von fahrenden volkstämmen aufzubauen. ein projekt stellt sich beispielsweise so vor: "ruff tuff kreen puff maklerbüro stellt trotz repression seitens der stadtverwaltung das bulletin nr. 15 zusammen, mit einer liste von häusern, die besetzt werden können. wir haben schon einigen hundert leuten beim umzug in neue häuser geholfen und werden bald in der "international times" und bei "radio concord" (siehe id-nr. 88) veröffentlichen. wir brauchen geld für telefon und briefmarken und für hausbesetzerutensilien."

durch die clap-zahlungen sind eine ganze reihe von projekten über durststrecken gebracht worden, die sonst der sichere ruin ereilt hätte; andere, die bislang nur als idee existierten, schaffen mit clapgeldern den sprung in die realisierung. es wirkt sich auf die arbeit der projekte auch sehr ermutigend aus, wenn plötzlich geld kommt und man sieht, daß man nicht ganz alleine dasteht. wichtig und nützlich ist auch, daß das clap-handbuch das vielverzweigte netz von basisaktivitäten und/oder gegenkulturellen ansätzen bekannt wird und aus dem dschungel privatischer initiativen in eine öffentliche diskussion und teilnahme gebracht wird.

bedingung für die vorstellung im clap-handbuch sind acht satzungsmäßig festgelegte kriterien. hier die wichtigsten:
"hilft es (das projekt), die britische gesellschaft in irgendeiner weise zu revolutionieren oder zu verändern?
hilft es den menschen, gegen ihre unterdrückung zu kämpfen?

hilft es den menschen, ihr bewußtsein zu erweitern?
hilft es den menschen, miteinander zu kommunizieren?
hilft es den menschen, ihre umwelt zu verbessern?

politische parteien oder kampagnen werden nicht direkt unterstützt. die clap-leute argumentieren, daß nationale verbände andere möglichkeiten haben, an geld zu kommen. clap geht es um autonome, dezentrale initiativen, die unmittelbar und produktiv zur veränderung und selbstveränderung beitragen. betriebs- und arbeitskämpfe tauchen bei clap nicht auf, wohl aber neue produktionskooperativen und ähnliches.

die steuerzahler

clap schlägt allen beziehern des handbuches vor, einen festen betrag als freiwillige steuer abzugeben, und zwar regelmäßig. "wenn du steuern an den staat zahlst, wird es da nicht zeit, daß du einen teil deines einkommens zur unterstützung von alternativen gibst?" die aufforderung gilt an verdienende individuen, an gruppen und geschäfte. ungefähr zehn prozent der clap-abonnenten zahlen regelmäßig beträge zwischen einem und hundert pfund. mit dieser methode ist es immerhin gelungen, die sympathiebindungen bzw. das schlechte gewissen von "ehemaligen" oder zweigleisigen, die jetzt ein (teilweise) etabliertes leben führen, in klingende münze umzusetzen. zu den regelmäßigen und potenten zahlern gehören die gruppen release, london film-makers coop, verschiedene studentenverbände, daneben buchläden, verlage, plattenfirmen und eine vielzahl genannter und ungenannter einzelpersonen, die etwa 60 prozent des gesamttaufkommens bestreiten.

manche gruppen, die bisher auf clap-hilfe angewiesen waren, haben sich mittlerweile ökonomisch soweit gefestigt, daß sie selber einen kleinen überschuß an andere projekte abgeben können. das informationszentrum bit erhebt auf alle verkauften brochüren eine zehnprozentige clap-abgabe. insgesamt scheint das heikle problem der geldbeschaffung bei clap wesentlich effektiver, öffentlicher und kontrollierbarer zu laufen, als anonyme geldtransaktionen, aufwendige spendenaktionen und sammelbüchsengeklapper anderswo.

die clap-organisation

seit märz 1974 gibt es clap. es begann in enger zusammenarbeit mit "peace news" (pazifistisch-anarchistische zeitung seit 1936), der auch regelmäßig das clap-handbuch beigelegt ist und zu der auch ideologische bindungen geblieben sind. clap ist als wohlfahrtsorganisation registriert. jährlich werden auf einer öffentlichen clap-vollversammlung elf gesellschaftler gewählt, die die verwaltungsarbeit, herausgabe der brochüre usw. organisieren. stimmberechtigt sind alle, die im vorausgegangenen jahr geld bekommen haben.

die elf leute entscheiden letztlich darüber, welche pro-

jekte sich im clap-handbuch vorstellen können und - wenn sie die kriterien nicht erfüllen - welche nicht. abgelehnt wird beispielsweise jede gruppe, die vom staat unterstützung bekommt.

in der satzung heißt es: "über geldverteilung gibt es oft auseinandersetzungen. geld aufzutreiben ist eine zeitraubende und nervenaufreibende sache. london clap ist so einfach und schmerzlos wie möglich eingerichtet: wenige versammlungen, kurze bewerbungen, keine zensur von projekten, die die kriterien erfüllen, kein zentraler fond über den man sich streiten muß, freie wahl für die steuerzahler, usw."

inzwischen gibt es noch vier zusätzliche regionale clap-organisationen in anderen teilen großbritanniens, daneben existieren kontakte in alle welt. im moment ist das clap-system allerdings noch einzig auf england beschränkt. eine clap-mitarbeiterin charakterisierte die sache so: "clap ist eine möglichkeit für die alternative gesellschaft, zusammenzufinden und sich selbst zu helfen."

das clap-handbuch und nähere informationen sind erhältlich bei: clap c/o bit, 146 great western road, london w 2.

RALEIGH (LNS/ID)

2. August

DAS VERFAHREN GEGEN JOANNE LITTLE

nachdem zwei wochen lang um die wahl der geschworenen entschieden wurde, begann der prozeß gegen joanne little in raleigh, north carolina.

die 21jährige schwarze frau wird des mordes an dem weissen gefängniswärter aligood beschuldigt. sie sagt, sie habe in notwehr gehandelt, als er versuchte sie zu vergewaltigen. (s. ID nr. 57, 73)

wenn sie für schuldig befunden wird, heißt das automatisch: todesstrafe. north carolina hat die höchste todesurteilquote des landes. 2/3 davon trifft neger, obwohl nur 1/3 der bevölkerung dieses staates neger sind.

in einem der von dem richter abgelehnten anträge versuchten die anwälte von j. little den nebenkläger john wilkerson von der verhandlung auszuschließen, mit der begründung, dass er das anwalt-mandanten verhältnis durch unethisches verhalten verletzen würde. wilkerson hatte früher joanne little in zwei ladendiebstahl-fällen vertreten und hatte dadurch vertrauliche informationen über sie bekommen. dieser anwalt wird jetzt von der aligood-familie als nebenkläger bezahlt. außerdem erhob die verteidigung einspruch gegen den sonderstaatsanwalt lester chalmers, der früher nur ku klux klan mitglieder vertreten hatte und auch vorsitzender einer lokalen ku klux klan gruppe war. chalmers schloss seinerseits die ersten drei potentiellen geschworenen - zwar rechtlich korrekt aber ohne begründung - für die jury aus: alle drei schwarze.

die jetzt gewählte jury ist nach angaben von little's anwalt "keine übliche north carolin jury", mit insgesamt 5 schwarzen und 8 frauen (davon drei schwarze).

als erster zeuge sollte jerry helms von der n.c. polizei aussagen, der von einer anderen gefangenen erzählt bekam, dass sie zur tatzeit einen frauenschrei gehört habe. helms wurde aber nicht zugelassen, da nach ansicht des richters weitergegebene informationen vor gericht nicht zulässig seien.

der amtspathologe des bezirks sagte aus, daß aligood sich kurz vor seinem tod sexuell betätigt haben muß. nach einer kurzen pause wurde einer von joanne's anwälten aus dem verfahren ausgeschlossen. er soll eine gefängnisaufseherin, mit der er in der pause gesprochen hatte, zum meinid verleitet haben. innerhalb von 5 minuten musste er seine sachen packen und verschwinden. gegen diesen aus-schluss leiteten die anderen anwälte rechtliche schritte ein.

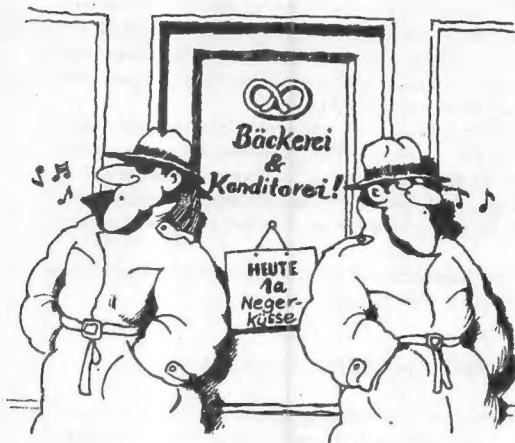
obwohl der richter hobgood jede demonstration auch außerhalb des verhandlungssaales verboten hatte, finden dennoch ständig unterstützungsaktionen und demonstrationen statt. und nicht nur vor dem gefängnis oder dem gericht, sondern auch in anderen städten der usa: in houston, new york, oakland, chicago, minneapolis, denver und vielen anderen städten.

NEW YORK (ID) FORD, DER MÄRCHENERZÄHLER : CIA UND PORTUGAL
6. august

präsident ford hält es für "extrem tragisch", daß die vereinigten staaten nicht in der lage sind, in portugal einzugreifen, um den kommunistischen einfluß auszugleichen.

in einem interview, das in der letzten ausgabe der wochenzeitung "u.s. news and world report" veröffentlicht wurde, sagte prä-sident ford im einzelnen: "wir bedauern, daß portugal augenblicklich auf dem siedepunkt angelangt ist, ich denke, daß es jetzt offenkundig ist, daß die sowjetunion heimlich den kommunistischen elementen hilft."

"andererseits", fügte der prä-sident hinzu, "wissen wir, daß die westeuropäischen länder ihren sozialdemokratischen freunden in portugal helfen ... ich denke, daß es extrem tragisch ist, daß wir wegen der untersuchung über den cia und allen begrenzungen, die wir uns auf dem gebiet der geheimen operationen auferlegt haben, nicht in der lage sind, an der seite der anderen westlichen länder einzugreifen. ich will damit nicht sagen, daß unsere beteiligung automatisch das problem lösen würde." (aus: le monde, 5.8.1975)



Seyfried
(aus: BLATT, München)